



Monatsbericht des BMF

Juni 2014

Monatsbericht des BMF

Juni 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung				
-	nichtsvorhanden				
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts				
	Zahlenwert unbekannt				
Х	Wert nicht sinnvoll				

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Überwachung der öffentlichen Haushalte	
Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon? Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2014	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014	
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Termine, Publikationen	47
Statistiken und Dokumentationen	51
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	103

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die öffentlichen Finanzen in Deutschland stehen auf einem soliden Fundament. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erwirtschafteten 2013 - im zweiten Jahr in Folge – einen gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushalt. Auch in den kommenden Jahren ist eine stabile Haushaltsposition avisiert. Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern hat in seiner neunten Sitzung am 28. Mai 2014 festgestellt, dass die nach dem europäischen Fiskalvertrag geltende Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Defizit mit einem Sicherheitsabstand eingehalten wird. Die strukturell solide Haushaltslage bedeutet eine ebenso notwendige wie wichtige Zukunftsvorsorge für die künftige demografische Entwicklung.

Der Stabilitätsrat wurde bei seinen Aufgaben im Zuge der innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Fiskalvertrags erstmalig von einem Beirat unterstützt. Dieser Beirat ist ein unabhängiges Gremium, das Stellungnahmen und gegebenenfalls Empfehlungen zur Einhaltung der Defizitobergrenze abgibt. Zu seinen insgesamt neun Mitgliedern gehören Vertreter etablierter und gesetzlich unabhängiger Institutionen (Deutsche Bundesbank, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligte Forschungsinstitute) und von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherungen benannte Sachverständige. Der Beirat unterstützt mit seiner Expertise die Arbeit des Stabilitätsrates. Zugleich werden durch die Veröffentlichung der Beiratsstellungnahmen Glaubwürdigkeit



und Transparenz des finanzpolitischen Regelwerks gestärkt. Damit leistet der Beirat einen wichtigen Beitrag im Rahmen der im europäischen Fiskalvertrag vereinbarten Haushaltsüberwachung. In seiner Stellungnahme vom Mai 2014 kommt auch der Beirat zu der Einschätzung, dass Deutschland die zulässige Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts im Projektionszeitraum bis 2018 einhält.

Deutschland hat sich die positive Lage der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren durch eine Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung erarbeitet. Zur Verstetigung der Erfolge ist eine Fortsetzung dieser Politik mit strikter Haushaltsdisziplin auf allen staatlichen Ebenen unabdingbar.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Das Bruttoinlandsprodukt ist im 1. Quartal kräftig gestiegen. Das milde Winterwetter begünstigte die wirtschaftliche Aktivität. Positive Wachstumsimpulse kamen rein rechnerisch ausschließlich von der Binnennachfrage. Insbesondere die Investitionsdynamik war unerwartet stark.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich in einer guten Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im April fort. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im Mai gegenüber dem Vormonat zwar an, dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund des außergewöhnlich milden Winterwetters die Arbeitslosigkeit zuvor zurückgegangen war.
- Der Verbraucherpreisindex stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % an. Die Inflation auf der Verbraucherstufe war damit merklich niedriger als im April. In den kommenden Monaten ist nicht mit einer wesentlichen Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs zu rechnen.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2014 im Vorjahresvergleich um 6,7 % gesunken. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 2,16 Mrd. € aufgrund eines Beschusses des Finanzgerichts Hamburg, die starke Verminderung des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die temporären Einnahmeausfälle bei der Kraftfahrzeugsteuer aufgrund des Wechsels der Verwaltungshoheit.
- Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Mai um 1,0 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen. Die Einnahmen bis einschließlich Mai 2014 unterschritten das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 0,4 Mrd. € (- 0,4 %).
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt Ende April mit 7,4 Mrd. € (+ 0,6 Mrd. €) etwas ungünstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Eine Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich hieraus nicht ableiten.
- Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 1,36 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,31 %.

Überwachung der öffentlichen Haushalte

Überwachung der öffentlichen Haushalte

Neunte Sitzung des Stabilitätsrates am 28. Mai 2014

- Der Stabilitätsrat hat in seiner neunten Sitzung am 28. Mai 2014 die Einhaltung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) geprüft. Erstmals unterstützte ihn dabei der im Zuge der innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Fiskalvertrags gegründete unabhängige Beirat.
- In Übereinstimmung mit der Stellungnahme des unabhängigen Beirats hat der Stabilitätsrat festgestellt, dass die zulässige Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits in Höhe von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Projektionszeitraum bis 2018 eingehalten wird. Wie der Beirat ist der Stabilitätsrat der Auffassung, dass eine weiterhin strikte Wahrung der Haushaltsdisziplin auf allen staatlichen Ebenen unabdingbar ist, um die Einhaltung der Vorgaben des Fiskalvertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts dauerhaft zu sichern.
- Der Stabilitätsrat hat turnusgemäß auf Grundlage der von den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein vorgelegten Konsolidierungsberichte festgestellt, dass die fünf Länder ihren Konsolidierungsverpflichtungen im Jahr 2013 nachgekommen sind.
- In ihren Sanierungsberichten haben die Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein dem Stabilitätsrat den Stand der Umsetzung konkreter Maßnahmen zur dauerhaften Entlastung ihrer Haushalte dargelegt. Der Stabilitätsrat begrüßt, dass die vier Länder die vereinbarten Sanierungsprogramme im abgelaufenen Haushaltsjahr erfolgreich umgesetzt haben.

1	Einleitung	6
2	Überwachung der Einhaltung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze	
2.1	Überprüfung der Einhaltung der Obergrenze durch den Stabilitätsrat	7
2.2	Erste Stellungnahme des Beirats	7
3	Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland,	
	Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein	8
4	Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	8
4.1	Stand der Sanierungsverfahren	8
4.2	Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein	9
5	Zusammenfassung und Ausblick	10

1 Einleitung

Der Stabilitätsrat trat am 28. Mai 2014 unter dem Vorsitz des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Norbert Walter-Borjans und des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble zu seiner neunten Sitzung zusammen.

In dieser Sitzung überprüfte der Stabilitätsrat die Einhaltung der strukturellen gesamt-

staatlichen Defizitobergrenze nach § 51 Absatz 2 HGrG. Hierbei wurde er von dem im Zuge der innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Fiskalvertrags geschaffenen unabhängigen Beirat unterstützt, dessen Vorsitzender zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung teilnahm.

Darüber hinaus hatte der Stabilitätsrat turnusgemäß zu prüfen, ob die Konsolidierungsländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein im Vorjahr

Überwachung der öffentlichen Haushalte

die in den Verwaltungsvereinbarungen zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen festgelegten Defizitobergrenzen eingehalten haben. Dies ist Voraussetzung dafür, dass diese Länder die vom Bund und der Ländergemeinschaft finanzierten Konsolidierungshilfen erhalten, die ihnen nach Artikel 143d des Grundgesetzes als Hilfe zur Einhaltung der Schuldenbremse gewährt werden.

Auf Grundlage der von Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein vorgelegten Sanierungsberichte wurde vom Stabilitätsrat schließlich der Stand der Umsetzung der mit diesen vier Ländern vereinbarten Sanierungsprogramme geprüft. Ziel der 2011 eingeleiteten Sanierungsverfahren ist es, dass diese Länder durch geeignete Sanierungsmaßnahmen die damals festgestellte drohende Haushaltnotlage aus eigener Kraft abwenden und ihre Haushalte nachhaltig sanieren.

2 Überwachung der Einhaltung der strukturellen gesamtstaatlichen Defizitobergrenze

2.1 Überprüfung der Einhaltung der Obergrenze durch den Stabilitätsrat

Nach § 6 Stabilitätsratsgesetz (StabiRatG) überprüft der Stabilitätsrat zweimal jährlich, ob die Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen insgesamt die in § 51 Absatz 2 HGrG festgelegte Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 0,5 %

des BIP nicht überschreiten.1 Grundlage hierfür war die Schätzung des öffentlichen Gesamthaushalts und des Staatskontos für die Jahre 2013 bis 2018, die anlässlich des deutschen Stabilitätsprogramms im April erstellt wurde, ergänzt um eine rechnerische Fortschreibung, die aktuellen Entwicklungen Rechnung trägt. Das Ergebnis zeigt, dass die öffentlichen Finanzen in Deutschland auf einem soliden Fundament stehen. Bund. Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen erzielten im Jahr 2013 einen strukturellen Finanzierungsüberschuss von 0,9 % des BIP. Für die Jahre 2014 bis 2018 wird durchgängig ein struktureller gesamtstaatlicher Überschuss von ½ % des BIP erwartet (siehe Tabelle 1). Auf Basis dieser Projektionsergebnisse kam der Stabilitätsrat einvernehmlich zu der Einschätzung, dass die strukturelle gesamtstaatliche Defizitobergrenze eingehalten wird.

2.2 Erste Stellungnahme des Beirats

Die Einschätzung des Stabilitätsrates wurde durch die Stellungnahme des Beirats, der den Stabilitätsrat bei dieser Aufgabe nach seiner Konstituierung im Dezember 2013 nun erstmalig unterstützt hat, bestätigt.

Der Beirat setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrats zur Begutachtung

Tabelle 1: Rechnerische Fortschreibung des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos gemäß § 6 Stabilitätsratsgesetz in % des BIP

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Struktureller gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	0,9	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	0,2	0	0	0	0	1/2

Quelle: Stabilitätsrat.

¹ Vergleiche hierzu auch Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) Januar 2014, S. 34–42.

Überwachung der öffentlichen Haushalte

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute sowie aus je zwei Sachverständigen benannt von Bund und Ländern und aus je einem Sachverständigen benannt von der kommunalen Ebene und von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherungen. Der vom Stabilitätsrat und dessen Mitgliedern unabhängige Beirat gibt nach § 7 StabiRatG eine Stellungnahme zur Einhaltung der gesamtstaatlichen strukturellen Defizitobergrenze ab. Dem Beirat wird im Vorfeld seiner Stellungnahme die dem Stabilitätsrat vorliegende Schätzung zur Verfügung gestellt. Die Geschäftsordnung des Stabilitätsrates regelt darüber hinaus, dass der Beirat weitere zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendige Informationen erhält.

Der Beirat kam zu der Einschätzung, dass die dem Stabilitätsrat vorgelegte Projektion der Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen insgesamt plausibel ist und gelangte zu dem gleichen Ergebnis wie der Stabilitätsrat, dass die Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG eingehalten wird. Der Beirat empfiehlt vor dem Hintergrund der erwarteten günstigen Rahmenbedingungen, in den Finanzplanungen strukturelle Finanzierungsüberschüsse anzustreben, um bei unerwartet negativen Entwicklungen über einen Sicherheitsabstand zu verfügen. Die Stellungnahme des Beirats ist auf der Internetseite des Stabilitätsrates veröffentlicht.

3 Konsolidierungsverpflichtungen der Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

Der Bund und die Ländergemeinschaft stellen den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein für den Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen in Höhe von jährlich insgesamt 800 Mio. € zur Verfügung.
Hiervon entfallen auf Bremen 300 Mio. €,
auf das Saarland 260 Mio. € und auf
die Länder Berlin, Sachsen-Anhalt und
Schleswig-Holstein jeweils 80 Mio. €. Mit
den Konsolidierungshilfen sollen die
genannten Länder dabei unterstützt werden,
die grundgesetzlichen Vorgaben der
Schuldenbremse im Jahr 2020 zu erfüllen.
Im Gegenzug haben sich die Länder dazu
verpflichtet, bis 2020 ihre strukturellen
Defizite entlang eines linearen Abbaupfades
vollständig zurückzuführen.

Im Rahmen seiner jährlichen Frühjahrssitzung überprüfte der Stabilitätsrat, ob die in den jeweiligen Verwaltungsvereinbarungen zum Konsolidierungshilfengesetz festgelegten Obergrenzen des strukturellen Finanzierungssaldos für das abgelaufene Jahr eingehalten wurden. Auf Grundlage der von den fünf Ländern vorgelegten Konsolidierungsberichte hat der Stabilitätsrat festgestellt, dass alle Länder die für 2013 geltenden Obergrenzen eingehalten haben. Damit können den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die vereinbarten Konsolidierungshilfen ausgezahlt werden.

4 Sanierungsverfahren in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

4.1 Stand der Sanierungsverfahren

Der Stabilitätsrat hatte 2011 drohende Haushaltsnotlagen in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein festgestellt und daraufhin mit diesen Ländern Sanierungsvereinbarungen geschlossen. In ihren bis 2016 laufenden Sanierungsprogrammen haben die vier Länder mit dem Stabilitätsrat neben einem Abbaupfad für die Nettokreditaufnahme zur Einhaltung dieses Pfades vorgesehene Sanierungsmaßnahmen vereinbart. Die

Überwachung der öffentlichen Haushalte

Umsetzung der Sanierungsprogramme wird vom Stabilitätsrat halbjährlich überprüft.

Die vier Sanierungsländer haben dem Stabilitätsrat zu seiner Sitzung ihre aktuellen Sanierungsberichte vorgelegt. Diese zeigen den Stand der Umsetzung der Sanierungsprogramme und die erzielten Auswirkungen der beschlossenen Sanierungsmaßnahmen. Der vom Stabilitätsrat eingesetzte Evaluationsausschuss, dem die Finanzstaatssekretäre des Bundes und der Länder Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen angehören, hat die Berichte eingehend geprüft und bewertet. Auf Basis der Beschlussvorschläge des Evaluationsausschusses kam der Stabilitätsrat zu dem Ergebnis, dass alle Länder die für 2013 beschlossenen Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt haben.

4.2 Sanierungsberichte der Länder Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein

Berlin und Schleswig-Holstein

Wie die von Berlin und Schleswig-Holstein vorgelegten Sanierungsberichte zeigen, haben beide Länder die vorgegebene Obergrenze der Nettokreditaufnahme im Jahr 2013 jeweils deutlich unterschritten. Schleswig-Holstein wies erstmalig im Sanierungszeitraum eine Nettotilgung aus. Berlin konnte trotz hoher zensusbedingter Mindereinnahmen das Haushaltsjahr 2013 zum zweiten Mal in Folge mit einer Nettotilgung abschließen.

Auf Basis der vorgelegten Umsetzungsberichte zu den Sanierungsprogrammen kam der Evaluationsausschuss zu dem Ergebnis, dass beide Länder die für das Jahr 2013 angekündigten Sanierungsmaßnahmen im Wesentlichen umgesetzt und das geplante Entlastungsvolumen übertroffen haben. Sowohl Berlin als auch Schleswig-Holstein haben mit der 2013 erzielten Nettotilgung einen wesentlichen Schritt zur Konsolidierung ihrer Landeshaushalte und zur nachhaltigen Stabilisierung ihrer Finanzen vollzogen.

Angesichts weiterhin notwendiger struktureller Verbesserungen forderte der Stabilitätsrat Berlin und Schleswig-Holstein zur Fortsetzung des Konsolidierungskurses in allen Haushaltsbereichen auf, um einen positiven Abschluss der Sanierungsverfahren sicherzustellen.

Bremen

Auch der Bremer Sanierungsbericht führt aus, dass die vereinbarten Sanierungsmaßnahmen 2013 im Wesentlichen umgesetzt wurden. Die Obergrenze der Nettokreditaufnahme wurde im vergangenen Jahr mit deutlichem Abstand eingehalten.

In seiner Sitzung vom 5. Dezember 2013 hatte der Stabilitätsrat angesichts der Verringerung der Abstände zur Obergrenze der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2014 bis 2016 Bremen dazu aufgefordert, seinen Konsolidierungskurs zu verstärken. In diesem Zusammenhang war das Land gebeten worden, in seinem Frühjahrsbericht 2014 darzulegen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die bremischen Haushalte weiter zu entlasten. Dieser Aufforderung ist Bremen gefolgt.

Der Stabilitätsrat begrüßte, dass das Land erste zusätzliche Sanierungsmaßnahmen ergriffen hat. Er bat Bremen, in seinem im Herbst vorzulegenden Sanierungsbericht die neu beschlossenen Vorhaben weiter zu konkretisieren und die hiermit angestrebten finanziellen Entlastungen zu quantifizieren.

Saarland

Das Saarland konnte in seinem aktuellen Sanierungsbericht ebenfalls darlegen, dass es im Jahr 2013 die vereinbarten Sanierungsmaßnahmen im Wesentlichen umgesetzt und die Obergrenze der Nettokreditaufnahme eingehalten hat. In der Sitzung vom 5. Dezember 2013 hatte der Stabilitätsrat das Saarland gebeten, in seinem Frühjahrsbericht 2014 außerdem zu erläutern, wie es die im November 2013 für

Überwachung der öffentlichen Haushalte

die Jahre 2015 und 2016 neu angekündigten Sanierungsmaßnahmen im Einzelnen umzusetzen gedenkt. Dieser Bitte hat das Saarland entsprochen. Bis zum Herbst 2014 soll das Land nun weitere Maßnahmen konkretisieren und die Umsetzung der mit dem Haushalt 2015 zu implementierenden Maßnahmen darstellen.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern hat in seiner neunten Sitzung am 28. Mai 2014 festgestellt, dass die nach dem europäischen Fiskalvertrag geltende Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit deutlich eingehalten wird. Bei der turnusgemäßen Prüfung der von den betroffenen Ländern vorgelegten Konsolidierungs- und Sanierungsberichte konnte der Stabilitätsrat bestätigen, dass im abgelaufenen Jahr alle Länder ihre entsprechenden Verpflichtungen erfüllt haben.

Wie auch der Beirat des Stabilitätsrates in seiner erstmalig vorgelegten Stellungnahme betont, ist eine weiterhin strikte Wahrung der Haushaltsdisziplin auf allen staatlichen Ebenen unabdingbar, um die Einhaltung der Vorgaben des Fiskalvertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts dauerhaft zu sichern. Nur so lassen sich die erzielten Erfolge verstetigen und die für die künftige demografische Entwicklung notwendige Zukunftsvorsorge sichern.

Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?

Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon?

- Die beiden Säulen gemeinsame Bankenaufsicht (SSM) und einheitliche Bankenabwicklung (SRM) sind errichtet: Ab November übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über bedeutende Banken im Euroraum. In Notfällen können Banken zukünftig auch europäisch geordnet abgewickelt werden. Die Einlagensicherung wird harmonisiert und verbessert den Schutz der Sparguthaben in der EU.
- Im SSM werden EZB und nationale Aufsichtsbehörden auf Basis eines umfassenden Regelwerks und mit weitreichenden Befugnissen zusammenarbeiten, um präventiv gegen Bankenkrisen wirken zu können.
- Mit dem SRM wird das private Haftungsprinzip wieder gestärkt: In einer klaren Haftungskaskade werden vorrangig Anteilseigner und Gläubiger für die Kosten der Abwicklung herangezogen.
 Danach haften mit dem Abwicklungsfonds die Banken für ihre eigenen Risiken. Der Steuerzahler wird entlastet. Die Haushaltssouveränität der Mitgliedstaaten bleibt dabei unangetastet.
 Insbesondere gibt es keine gemeinsame Haftung der Mitgliedstaaten für den Abwicklungsfonds.
- Jetzt liegt der Fokus auf der Implementierung: Die umfassende Bankenprüfung mitsamt dem Stresstest muss methodisch stringent sein und strenge Kriterien anlegen, um glaubwürdig zu sein. Altlasten in den Bankbilanzen sind vor dem Start des SRM zu bereinigen. Die Bankenabgabe sollte sich an der Größe und dem Risiko einer Bank orientieren. Auf lange Sicht gilt es, die nun geschaffenen Regeln effektiv umzusetzen und mit Leben zu füllen.

1	Wesentliche Ziele und Bestandteile	11
2	SSM – der einheitliche Aufsichtsmechanismus	12
3	SRM – der einheitliche Abwicklungsmechanismus	.14
4	Verbleihende Herausforderungen	15

1 Wesentliche Ziele und Bestandteile

Die Schaffung einer Bankenunion in Europa ist eines der ambitioniertesten politischen Projekte im Rahmen der Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise.

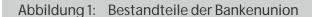
In den Bankbilanzen spiegeln sich immer auch die Risiken einer ganzen Volkswirtschaft, einschließlich der Solvenzrisiken des betreffenden Staates. Eine wirksame Aufsicht ist daher entscheidend. Angesichts des eng verflochtenen Finanzsektors Europas muss eine wirksame und glaubwürdige Bankenaufsicht und -abwicklung grenzüberschreitend erfolgen. In einer Währungsunion

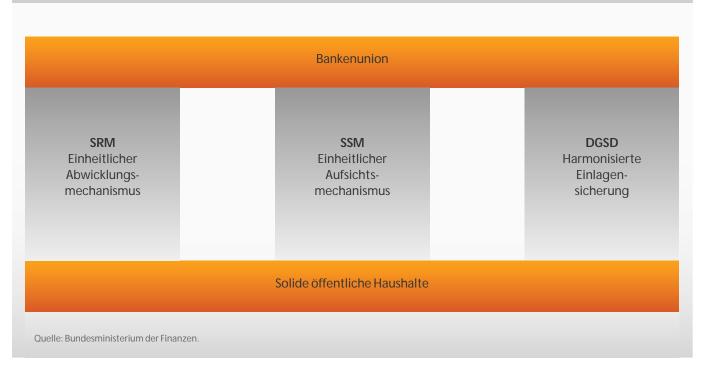
ist dies besonders wichtig, denn letztlich erfordert eine dezentrale Haushaltspolitik in Europa mit einer glaubwürdigen "No-Bailout-Klausel", dass das Bankensystem ausreichend schockresistent ist. Insofern ergänzen sich Bankenunion und regelbasierte Fiskalunion.

Mit dem Single Supervisory Mechanism (SSM) als zentraler Säule der Bankenunion entsteht eine einheitliche, wettbewerbsneutrale Aufsicht unter dem Dach der EZB, die grenzüberschreitend und transparent agieren und präventiv wirken soll.

Diese wird durch eine weitere Säule, den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM), ergänzt: Besteht trotz aller Prävention die Gefahr einer

Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?





Bankenschieflage, soll der SRM die geordnete Abwicklung von Banken möglich machen und durch eine klare vorrangige Haftung von Anteilseignern und Gläubigern den Steuerzahler nachhaltig schützen.

Darüber hinaus wurden die Anforderungen an nationale Einlagensicherungssysteme mit der im April 2014 beschlossenen Reform der Einlagensicherungsrichtlinie (Deposit Guarantee Schemes Directive -DGSD) weiter harmonisiert. Alle EU-Länder sind nun verpflichtet, bankenfinanzierte Einlagensicherungsfonds aufzubauen, damit im Entschädigungsfall Bankeneinlagen bis zu 100 000 € garantiert sind. Zudem wird die Auszahlungsfrist schrittweise von 20 auf sieben Arbeitstage verkürzt. Damit sollen das Vertrauen und der Schutz der Bankkunden weiter gestärkt werden. Die in Deutschland existierenden Einlagensicherungssysteme bleiben weiter erhalten: insbesondere können die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Genossenschaften auch zukünftig präventive und stützende Maßnahmen durchführen. Eine EU-weite Vergemeinschaftung der

Einlagensicherungssysteme ist nicht vorgesehen und wird von Deutschland abgelehnt.

Es ist das erklärte Ziel aller an der Errichtung der Bankenunion beteiligten Akteure, die Banken und den europäischen Finanzmarkt wieder stabiler, wettbewerbsfähiger und widerstandsfähiger zu machen. Eine solide Haushalts- und Finanzpolitik, die auf die Erfüllung der vereinbarten staatlichen Defizitund Schuldenquoten ausgerichtet ist, kann hierzu einen wertvollen Beitrag leisten und die Auflösung der negativen Verbindung zwischen überschuldeten Staaten und instabilen Banken erleichtern.

2 SSM – der einheitliche Aufsichtsmechanismus

Die EZB wird ab Anfang November dieses Jahres die Verantwortung für den SSM insgesamt übernehmen und als zentrale Bankenaufsichtsbehörde im Euroraum fungieren. Dabei übernimmt sie die direkte

Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?

Aufsicht über diejenigen Banken und Bankengruppen, die als "bedeutend" eingestuft werden. Sie machen circa 85 % der Bilanzsumme aller Institute im Euroraum aus. EU-Länder, die nicht dem Euroraum angehören, können ebenfalls am SSM teilnehmen.

Die Bedeutung der Institute wird anhand verschiedener Kriterien beurteilt: Sie beinhalten u. a. die Größe gemessen am Gesamtwert aller Aktiva (über 30 Mrd. €), das Verhältnis dieser Aktiva im Vergleich zur Wirtschaftsleistung eines Landes oder auch die Frage, ob das Institut Finanzhilfen durch den ESM beziehungsweise EFSF beantragt hat.

Die nationalen Aufsichtsbehörden, in Deutschland ist dies die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), sind ebenfalls Teil des SSM. Sie unterstützen die EZB bei der Aufsicht über die bedeutenden Institute im Rahmen der für jede bedeutende Bank gebildeten Aufsichtsteams. Darüber hinaus bleiben sie weiterhin primär zuständig für die Beaufsichtigung der restlichen Institute. Die EZB erhält im Rahmen der Bankenaufsicht weitreichende Aufsichts- und Untersuchungsbefugnisse: So ist sie zukünftig ausschließlich für die Erteilung der im EU-Recht geregelten Banklizenzen oder deren Entzug zuständig, beurteilt den Erwerb qualifizierter Beteiligungen, überwacht bei den von ihr unmittelbar beaufsichtigten Banken die Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen, kann Kapitalpuffer festlegen, Geldbußen verhängen und bei Fehlverhalten der Banken frühzeitig intervenieren. Z. B. kann sie die Geschäftsaktivitäten von Banken einschränken, die variable Vergütung begrenzen oder Geschäftsleiter abberufen. Darüber hinaus erhält sie in einem begrenzten Rahmen Rechtssetzungsbefugnis und kann damit Verordnungen erlassen und Leitlinien oder Empfehlungen veröffentlichen.

Um potenzielle Ziel- und Interessenskonflikte zwischen der Geldpolitik und der Bankenaufsicht – zukünftig sind nun beide Aufgabenfelder in der EZB angesiedelt – zu vermeiden, wird die Governance-Struktur der EZB erweitert. Zur Erfüllung ihrer neu

Abbildung 2: Zeitplan für die umfassende Bankbewertung Q 1 und Q 2 2014 Prüfung bankinterner 12/2013 bis 01/2014 Verfahren, Bilanzierisikoorientierte rungs – und Bewer-Portfolioauswahl tungsmethoden Q 2 bis Ende Juli 2014 Bis Juli 2015 Prüfung von Deckung von Risikopositionen, Kapitallücken Sicherheiten, Rückstellungen Q 2 und Q 3 2014 Oktober 2014 Stresstests, Veröffentlichung der Auswertung und Ergebnisse Qualitätssicherung Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?

übertragenen Aufgaben bekommt die EZB u. a. ein neues Aufsichtsgremium, das Supervisory Board. Es besteht aus Vertretern der EZB und der nationalen Aufsichtsbehörden. Unterstützt wird es von einem Lenkungsausschuss, der sich im Wesentlichen aus einem Teil der Mitglieder des Aufsichtsgremiums zusammensetzt. Vorlagen des Supervisory Boards gelten als angenommen, wenn der EZB-Rat sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist ablehnt. Eine Schlichtungsstelle, der Vertreter der am SSM teilnehmenden Mitgliedstaaten angehören, soll gegebenenfalls aufkommende Meinungsverschiedenheiten zwischen EZB-Rat und Supervisory Board ausräumen.

Bevor die EZB die Verantwortung für den SSM übernimmt, wird eine umfassende Überprüfung aller bedeutenden Banken durchgeführt (Comprehensive Assessment). Diese beinhaltet nicht nur die Überprüfung der Qualität der Vermögenswerte (Asset Quality Review - AQR), sondern umfasst zusätzlich einen auf den AQR aufbauenden, zukunftsgerichteten Stresstest, der vor allem die Belastbarkeit der Banken auch bei einer schweren negativen makroökonomischen Entwicklung offenlegen soll. Sowohl im AQR als auch im Stressfall müssen die Banken bestimmte vorgegebene Eigenkapitalguoten erreichen. Erfüllen sie diese nicht, haben sie sechs bis neun Monate Zeit, die Kapitallücken zu schließen. Das Comprehensive Assessment soll damit nicht nur Transparenz und Glaubwürdigkeit über die Krisenfestigkeit der Banken schaffen, sondern auch die Gefahr ausräumen, dass die EZB unbekannte Altlasten übernimmt, die noch unter nationaler Verantwortung entstanden sind.

3 SRM – der einheitliche Abwicklungsmechanismus

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus wurde nach intensiven Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Kommission und Rat im April dieses Jahres angenommen. Seine Instrumente werden ab 2016 anwendbar sein. Der SRM stellt eine wichtige Ergänzung zum SSM dar. Zwei Instrumente sind dafür entscheidend:

Zum einen werden Abwicklungsentscheidungen für Banken unter direkter EZB-Aufsicht sowie für alle grenzüberschreitend tätigen Banken mit Sitz in einem am SSM teilnehmenden Mitgliedstaat in einer neugeschaffenen einheitlichen Abwicklungsinstitution, dem Single Resolution Board (SRB), getroffen. In den übrigen Fällen bleibt die nationale Abwicklungsbehörde zuständig.

Das SRB setzt sich neben dem Exekutivdirektor, dessen Stellvertreter und vier hauptamtlichen Mitgliedern aus Vertretern der nationalen Abwicklungsbehörden zusammen. Das Verfahren ist so ausgestaltet, dass eine zügige und effiziente Entscheidung möglich ist. So treten Entscheidungen des SRB innerhalb von 24 Stunden automatisch dann in Kraft, wenn Kommission und Rat ihnen nicht widersprechen.

Zum anderen soll die Abwicklungsfinanzierung mit einer klaren Haftungskaskade einem zentralen Element der Marktwirtschaft, dem privaten Haftungsprinzip, wieder Geltung verschaffen. In einem gemeinsamen Abwicklungsfonds, dem Single Resolution Fund (SRF), sollen bis zum 1. Januar 2024 Mittel in Höhe von 1% der gesicherten Banken-Einlagen (das sind nach Schätzungen der EU-Kommission rund 55 Mrd. €) gesammelt werden. Die Bankenabgaben werden ab 2015 national eingesammelt, dann ab 2016 auf nationale Abteilungen des Fonds transferiert und dort schrittweise vergemeinschaftet (beginnend im Jahr 2016 mit 40 % der dann eingezahlten Mittel).

Vor der Nutzung des Abwicklungsfonds ist eine private Verlustbeteiligung in Höhe von mindestens 8 % der Bilanzsumme vorgeschrieben. Mittels dieses sogenannten Bail-in werden primär Anteilseigener und Gläubiger einer Bank für die Kosten einer

Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?

Abwicklung herangezogen. Bestimmte Verbindlichkeiten wie die gesetzlich gesicherten Einlagen oder besicherte Verbindlichkeiten sind von der Bailin-Anwendung ausgenommen. Diese Ausnahmen sind jedoch eng begrenzt.

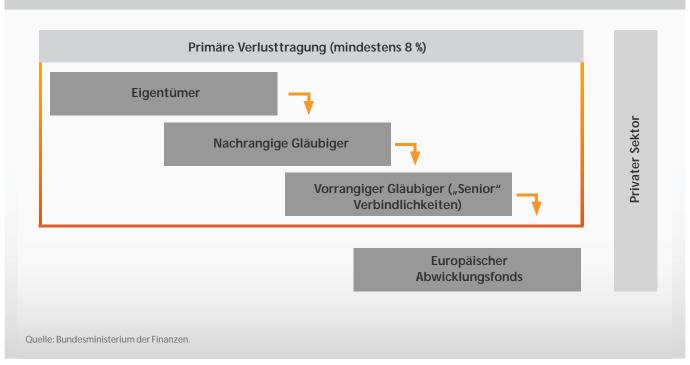
Die Ressourcen des Fonds und die damit verbundene Haftung des Bankensektors bilden eine weitere Schutzmauer zur Entlastung des Steuerzahlers. Sollten während der Aufbauphase des Fonds die Mittel nicht ausreichen, gibt es verschiedene Möglichkeiten, den zusätzlichen Bedarf zu decken - z. B. über die Möglichkeit der Kreditaufnahme oder vorgezogene Bankenbeiträge. Die Haushaltssouveränität der Mitgliedstaaten bleibt dabei gewährleistet. Der SRM kann keine Entscheidungen zu Lasten der Budgets der Mitgliedstaaten treffen, ebenso wenig gibt es eine Gemeinschaftshaftung der teilnehmenden Mitgliedstaaten für den Fonds.

Fiskalische Mittel dürfen nur als allerletztes Mittel im Sinne eines Backstops eingesetzt werden. Dabei bleiben die von der Bankenschieflage betroffenen Mitgliedstaaten in der Verantwortung; denn trotz gemeinsamer Aufsicht wird die Geschäftstätigkeit der Banken auch durch die jeweilige nationale Wirtschaftspolitik beeinflusst. Mit der nationalen Eigenverantwortung bleibt auch der Anreiz für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik erhalten. Der ESM steht dagegen nur im Rahmen seiner vereinbarten Verfahren zur Verfügung, d. h. als letztes Mittel auf Antrag eines Mitgliedstaates und nur gegen Konditionalität.

4 Verbleibende Herausforderungen

Die Vorbereitungsarbeiten für den SSM laufen auf Hochtouren, damit die EZB ihre Aufgaben pünktlich übernehmen kann. Ende April wurde bereits die SSM-Rahmenverordnung von der EZB veröffentlicht, die die Basis für die Arbeit des SSM legt und sowohl die Zusammenarbeit der EZB und der nationalen Aufsichtsbehörden als auch die Kriterien,

Abbildung 3: Strikte Haftungskaskade im SRM



Die Europäische Bankenunion - Wie weit sind wir schon?

die zur Ermittlung "bedeutender" Banken herangezogen werden, genauer beschreibt. Nun gilt es noch, das SSM-Aufsichtsmodell und -handbuch im Detail fertigzustellen. So müssen klare Vorgaben zu den praktischen Modalitäten formuliert werden. Ziel ist es, in allen beteiligten Ländern einheitliche Aufsichtsstandards anwenden zu können. Dafür benötigt die EZB circa 800 Aufseher. Wichtige Führungspositionen sind schon besetzt; die übrigen Auswahlverfahren laufen bereits.

Die umfassende Überprüfung der Banken ist ebenfalls bereits weit fortgeschritten; momentan werden die ausgewählten Portfolios in Vor-Ort-Prüfungen bei den Banken durchleuchtet. Ende April veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde eine einheitliche Methodik und Szenarien für den anstehenden Stresstest. Die EZB hat dabei eindeutig klargestellt, dass sie an einem strengen Stresstest festhält. Nicht zuletzt, weil alle Risiken, die sie jetzt nicht aufdeckt. letztlich auch unter ihre eigene Verantwortung fallen werden. Die vorgestellten Szenarien bestätigen das strenge Vorgehen: So werden Risiken wie ein globaler Anstieg von Anleiherenditen, eine weitere Verschlechterung der Kreditqualität in den Ländern mit einer schwachen Nachfrage oder das Stagnieren politischer Reformen berücksichtigt.

Wichtig ist, vorab zu klären, wie gegebenenfalls identifizierte Kapitallücken geschlossen werden sollen. Der ECOFIN hat dazu bereits Ende 2013 eine Erklärung abgegeben und klargestellt, dass dies zunächst durch die Banken und ihre Anteilseigner selbst erfolgen muss (z. B. durch einbehaltene Gewinne, den Abbau und Verkauf von Risiko – beziehungsweise Vermögenspositionen oder durch Kapitalerhöhungen).

Weitere Herausforderungen bestehen darin, das neue Aufsichtsmodell mit Leben zu füllen. Europäische Standards dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen, sie müssen sich auch aus den "Best Practices" der einzelnen Länder entwickeln und etablieren: Insbesondere auf operativer Ebene durch Aufseher, die zwar aus den verschiedenen Ländern stammen, jedoch unabhängig und unionsweit handeln. Diese Herausforderungen werden sich jedoch erst in der praktischen Arbeit ab November zeigen, ebenso wie ihre Bewältigung.

Auch im Rahmen des SRM stehen noch wichtige Umsetzungsschritte bevor. Die Aufbauarbeiten für das SRB werden voraussichtlich im Sommer 2014 beginnen, damit das Board ab 2016 die Abwicklungsaufgaben übernehmen kann. Ab 2016 gibt es dann auch den europäischen Bankenfonds.

Die genaue Ausgestaltung der Bankenabgabe wird auf europäischer Ebene noch festgelegt. Deutschland setzt sich dabei dafür ein, große, systemrelevante Institute stärker zu beteiligen und kleine Banken zu entlasten. Den Vorschlag für die konkrete Ausgestaltung der Indikatoren für die Risikoadjustierung wird die Europäische Kommission voraussichtlich bis Ende September vorlegen.

Mit der Bankenunion wird das institutionelle Rahmenwerk in der EU bedeutend erweitert. Der Bundesregierung ist es ein elementares Anliegen, das Abwicklungsregime zum Schutze des Steuerzahlers glaubwürdig auszugestalten. Die Bewältigung der Herausforderungen wird mit Sicherheit noch Zeit benötigen. Aber sicher ist auch: Die Bankenunion leistet schon jetzt einen wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Krisensicherung des Bankensystems und damit zur Stabilität der gesamten Währungsunion.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

Kurzfassung einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen¹

- Der Beirat konzentriert sich in seiner Stellungnahme vor allem auf den seiner Einschätzung nach bisher vernachlässigten Aspekt der Glaubwürdigkeit und der tatsächlichen Realisierbarkeit der Gläubigerbeteiligung. Dabei bezieht er sich insbesondere auf sogenannte Bail-in-Anleihen, d. h. nachrangiges Fremdkapital als unterste und zuerst haftende Fremdkapitalschicht.
- Der Beirat postuliert zwei notwendige Bedingungen dafür, dass die Haftung von nachrangigem Fremdkapital glaubwürdig ist. Zum einen dürfe das für ein Bail-in vorgesehene Fremdkapital seinerseits nicht von Banken gehalten werden. Zum anderen dürften Banken auch keine derivativen Finanzprodukte erwerben, durch die sie das mit den Bail-in-Anleihen verbundene Risiko indirekt übernehmen würden, obwohl sie die Bail-in-Anleihen nicht direkt erworben haben.

1	Einleitung	17
2	Bankinsolvenzen und systemische Risiken	
3	Wäre mehr Eigenkapital hinreichend?	19
3.1	Mehr glaubwürdig haftendes Kapital ist erforderlich	19
3.2	Zusammensetzung des glaubwürdig haftenden Kapitals: Eigen- versus Fremdkapital	20
4	Konsequenzen für Regulierung und Beaufsichtigung von Banken mit Blick	
	auf Bail-in-Kapital	21
4.1	Neue Instrumente zur Sicherung privater Haftung ("Bail-in-able-Kapital")	21
4.2	Bail-in-Kapital für einen großen Markt: Anforderungen der Investoren	22

Ein zentrales Anliegen der aktuellen Reformen der Bankenregulierung in der Europäischen Union liegt darin, die quasi-automatische Staatsgarantie für Bankverbindlichkeiten jeder Art zu beenden. Die Haftung privater Kapitalgeber ist ein wesentliches Element sowohl der Europäischen Restrukturierungsrichtlinie als auch des Vorschlags für eine Europäische Restrukturierungsagentur (Barnier-Vorschlag). Die vorliegende Stellungnahme konzentriert sich auf die Frage des aus der Sicht des Beirats schwerwiegenden und ungelösten Problems der Glaubwürdigkeit von Bail-in-Maßnahmen.

1 Einleitung

Derzeit treibt die europäische Politik die Errichtung einer Bankenunion in der Europäischen Union voran, die vier Elemente umfasst: eine gemeinsame Bankenaufsicht, ein einheitliches Vorgehen zur vorinsolvenzlichen

¹ Die Gutachten und Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Die Langfassung des Gutachtens wird auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen veröffentlicht und auch als Broschüre herausgegeben.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

Restrukturierung von Banken mit finanziellen Problemen, eine gemeinsame Sanierungsund Abwicklungsbehörde einschließlich deren Finanzierung sowie eine gemeinsame Einlagensicherung. Während über die Struktur der gemeinsamen Aufsicht (SSM) bereits 2012 weitgehende Einigkeit erzielt worden war, hat sich im Verlauf des Jahres 2013 auf der Ebene des ECOFIN-Rats auch Einigung bezüglich der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie (BRRD) und – im Dezember 2013 – auch hinsichtlich der Sanierungs- und Abwicklungsbehörde (SRM) herstellen lassen.

Hinsichtlich der längere Zeit umstrittenen Frage des Entscheidungsprozesses bei Banksanierungen und -abwicklungen hat sich der Europäische Rat am 18. Dezember 2013 auf einen Single Resolution Board geeinigt. Die Ausführung der Beschlüsse des Board wird an die nationalen Aufsichtsbehörden delegiert. Diese Regelungen sollen zum 1. Januar 2015 in Kraft treten; die Regelungen zum Bail-in sollen ab 1. Januar 2016 Gültigkeit haben.²

Zu diesen vier Bausteinen der Bankenunion kommen zwei weitere Vorhaben hinzu: eine novellierte Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirement Directive, CRD IV) und das darin umgesetzte erweiterte Baseler Regelbuch (Basel III), welches eine Mindestkapitalausstattung, neue Liquiditätsmindeststandards und die Einhaltung einer risikoungewichteten Verschuldungsgrenze, der sogenannten Leverage Ratio, verlangt.

Mit der Errichtung der Bankenunion wird das Ziel verfolgt, die Währungsunion zu stabilisieren, Fehlanreize im Finanzsektor abzubauen und künftig zu verhindern, dass Verluste einzelner Banken auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Um diese Ziele erreichen zu können, ist es von zentraler Bedeutung, über ein glaubwürdiges Verfahren zum Umgang mit Krisen einzelner oder mehrerer Banken

zu verfügen und vor allem für hinreichend privates Kapital zu sorgen, welches in Bankenkrisen haftet und sicherstellt, dass sich die Aufsicht in Krisenmomenten nicht unmittelbar aufgefordert sieht, eine vermutete systemische Ansteckung zwischen Instituten des Bankensektors mit Steuergeldern abzuwehren. Auf diesen letzten Punkt, der das gesamte soeben aufgelistete Regulierungspaket gedanklich durchzieht, konzentriert sich die vorliegende Stellungnahme.

2 Bankinsolvenzen und systemische Risiken

Insolvenzen haben negative Folgen für Eigentümer, Gläubiger, Beschäftigte, Lieferanten und Kunden eines Unternehmens. Diese negativen, vermögensvernichtenden Folgen für die verschiedenen Stakeholder der Unternehmen schaffen zugleich den Anreiz, sich dem Wettbewerb zu stellen und Insolvenzen zu vermeiden. Aus diesem Grunde können Vermögensverluste infolge einer Insolvenz für das Wirtschaftssystem als Ganzes positive Konsequenzen haben, indem sie dessen Leistungsfähigkeit auf längere Sicht steigern und dessen Stabilität erhöhen. Den direkten Kosten einer Insolvenz sind deshalb die indirekten Erträge einer erhöhten Stabilität und einer gestärkten wirtschaftlichen Erneuerung gegenüberzustellen. So ist die Möglichkeit des einzelwirtschaftlichen Scheiterns eine Voraussetzung für gesamtwirtschaftliches Gelingen.

Die insgesamt positiven Wirkungen der Insolvenzfähigkeit von Unternehmen lassen sich nicht ohne Weiteres auf Unternehmen des Finanzsektors übertragen. Vor allem bei Banken können Insolvenzen einzelner Institute systemweite Risiken im Sinne eines Schaltersturms auf Banken auslösen, etwa wenn mangels ausreichender Transparenz eine ähnliche Problemlage für andere Institute befürchtet wird und viele Einleger dann ihre Einlagen gleichzeitig abheben wollen. Systemische Risiken gefährden

² Vergleiche http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/140190.pdf.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

also das Funktionieren der Volkswirtschaft insgesamt, weil diese ein funktionierendes Zahlungsverkehrs- und Kreditsystem benötigt.

Das Entstehen systemischer Risiken hat mehrere Gründe. Erstens hängt das Bankgeschäft aufgrund der Fristen- und Risikotransformation besonders stark vom Vertrauen der Anleger in die Stabilität der jeweiligen Bank ab. Zweitens sind Banken durch Forderungen und Verbindlichkeiten oft direkt oder indirekt miteinander verbunden. Drittens stellen Banken in ihrer Gesamtheit für Unternehmen und Haushalte Leistungen bereit, die für das Funktionieren der Realwirtschaft nicht einmal für kurze Momente unterbrochen sein dürfen. All dies hat zur Folge, dass Krisen einzelner Institute, ja sogar schon Gerüchte über finanzielle Probleme einer Bank, zu einem Kollaps des Vertrauens und zu einem Banken-Run führen können.

Eine viele Banken erfassende Krisenübertragung kann den Staat zu einer Rettungsaktion des Finanzsektors veranlassen – um eine unmittelbare empfindliche Beeinträchtigung des Realsektors abzuwenden. Der Staat übernimmt damit unfreiwillig – über die übliche Einlagenversicherung hinaus – eine implizite Garantie für das gesamte Bankensystem. Sofern ein systemisches Risiko auftritt, übernimmt er daher indirekt auch eine Garantie für jedes einzelne Bankinstitut.

Aus diesem Systemrisiko ergeben sich falsche Verhaltensanreize, die sich in überhöhter Risikoübernahme seitens der Banken und einer überhöhten Garantieleistung seitens des Staates ausdrücken können – "können", weil die geschilderte Ineffizienz nur dann auftritt, wenn eine private Haftung durch die Gläubiger der Bank ausgeschaltet oder wesentlich reduziert ist, z. B. weil der zu Hilfe gerufene Staat nicht ausschließen kann, dass die Haftungsübernahme letztlich andere Banken existenziell bedroht und der Staat deshalb den Gesamtschaden aus Steuergeldern abdeckt (Bail-out). Dies tritt in einem hochgradig vernetzten Bankenmarkt typischerweise

auf, wodurch die Gläubigerrettung bei Bankenkrisen zum Normalfall werden kann.

In diesem Beitrag werden Möglichkeiten der Verhinderung von allgemeinen Banken-Bailouts zu Lasten der Steuerzahler dargestellt und zentrale Aspekte einer wirkungsvollen Umsetzung des Konzepts diskutiert. Diese Überlegungen lassen sich gut mit der aktuellen Regulierungsdebatte bezüglich einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und der Kommission vereinbaren.³

3 Wäre mehr Eigenkapital hinreichend?

3.1 Mehr glaubwürdig haftendes Kapital ist erforderlich

Um das Problem der Bankenrettung auf Kosten der Steuerzahler zu entschärfen, müssen Banken veranlasst werden, mehr Kapital vorzuhalten, das im Krisenfall glaubwürdig haftet und Verluste absorbieren kann. Diese Funktion kommt vorrangig dem Eigenkapital zu; daran anschließend ist aber auch eine Haftung des Fremdkapitals vorzusehen. Bei beiden Finanzierungsformen ist die Haftung nur dann glaubwürdig, wenn ihre Inanspruchnahme die Finanzstabilität nicht bedroht. Wie das gesamte glaubwürdig haftende Kapital aus Eigen- und Fremdkapital zusammengesetzt sein sollte, wird in der wissenschaftlichen Literatur intensiv und kontrovers debattiert.

³ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinien 77/91 EWG und 82/891 EG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG und 2011/35/EG sowie der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, COM(2012) 280.

Forum Finanzpolitik

3.2 Zusammensetzung des glaubwürdig haftenden Kapitals: Eigen- versus Fremdkapital

Die Anforderungen an Höhe und Qualität des Eigenkapitals der Banken sind im Rahmen der Kapitaladäquanzrichtlinie CRD IV deutlich gesteigert worden. Manche Autoren fordern eine hierüber hinausgehende, deutlich höhere Eigenkapitalunterlegung (Admati/Hellwig 2013) oder eine Beschränkung der für Banken erlaubten Geschäftsfelder (im Sinne eines Narrow Banking, vergleiche etwa Pennacchi 2012).

Der Beirat hält eine Erhöhung des Mindesteigenkapitals, wie sie etwa Basel III verlangt, für gerechtfertigt und sehr sinnvoll. Er kann sich auch vorstellen, dass die regulierten Mindestanforderungen an Volumen und Qualität des Tier-1-Eigenkapitals noch weiter erhöht werden. Allerdings denkt der Beirat nicht, dass allein mit mehr Eigenkapital die dysfunktionalen Anreize, die gegenwärtig die Refinanzierung von Banken kennzeichnen, in ausreichendem Umfang korrigiert werden können.

Insbesondere zielt eine Erhöhung des Eigenkapitals auf die Überlebensfähigkeit eines einzelnen Bankinstituts, versucht also, die Ausfallwahrscheinlichkeit der Einzelbank zu begrenzen. Eine Stabilität des Bankensystems stellt Anforderungen, die über die Widerstandsfähigkeit einzelner Institute hinausgehen. Insbesondere die Gefahr einer Ansteckung von Banken untereinander gilt heute als das besondere systemische Risiko, dem ein Netzwerk von Banken ausgesetzt ist und gegen das eine Eigenkapitalerhöhung allein nicht schützen kann.

Drei Faktoren sind im Besonderen verantwortlich für die Gleichzeitigkeit von Vermögensverlusten einzelner Banken in einem Bankensystem und damit für das drohende systemische Risiko: ähnliche Vermögenspositionen (Asset-Correlation-Risiken), Notverkäufe von Vermögenstiteln mit negativen Preiseffekten auf dem Markt (Fire-sale-Risiken) und direkte Finanzbeziehungen zwischen Banken untereinander (Interconnection-Risiken). Das besondere Augenmerk auf Fremdkapital und dessen Fähigkeit zur Absorption von Verlusten begründet sich daher über das ordnungspolitisch Grundsätzliche hinaus aus dessen Schlüsselrolle in der Ausweitung systemischer Risiken.

Nicht nur für Eigenkapital, sondern auch für Fremdkapital von Banken muss der Grundsatz gelten, dass die Kapitalgeber haften und nicht erwarten können, mit Steuergeldern vor Verlusten bewahrt zu werden. Dass Ertragschancen und Verlustrisiken eng verbunden sind, gehört zu den Grundregeln der Marktwirtschaft. Wenn absehbar ist, dass diese Regeln in Krisensituationen nicht eingehalten werden, kommt es zu Fehlanreizen wie beispielsweise exzessiver Risikoübernahme. Das hat die Finanzkrise der vergangenen Jahre drastisch verdeutlicht. Es ist daher dringend notwendig, im Finanzsektor sicherzustellen, dass Fremdkapital zu seinen tatsächlichen Ausfallrisiken bewertet wird und dass die implizite Staatsgarantie idealerweise ganz entfällt, zumindest aber auf ein Minimum zurückgeführt ist. Nur dann können die vom Markt ausgehenden Preissignale tatsächliche Knappheiten und tatsächliche Risiken hinreichend widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund ist zu wünschen, dass eine Mithaftung für alle Formen des Fremdkapitals erreicht werden kann.
Aus pragmatischer Sicht wird in dieser Stellungnahme im Sinne einer Mindestforderung die Wiederherstellung der privatwirtschaftlichen Haftung für die unterste, d. h. ersthaftende Fremdkapitalschicht gefordert. Diese unterste, zuerst haftende Fremdkapitalschicht bezeichnet jenes Fremdkapital, das unmittelbar im Anschluss an das Eigenkapital haftet.

Der Beirat bezeichnet diese unterste Fremdkapitalschicht in Übereinstimmung mit der Literatur als Bail-in-Anleihen. Die Vorschläge beziehen sich mit Absicht nur

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

auf diesen vergleichsweise kleinen Teil der Bankkapitalstruktur und nicht auf alle Fremdkapitalpositionen: Es gibt bereits Ausnahmeregeln für einige Passiva, insbesondere für Spareinlagen, die über eine Einlagenversicherung gesichert sind. Für die übrigen Passiva sollen prinzipiell die Regeln der Abwicklungsrichtlinie (BRRD) zur Anwendung gelangen – und das bedeutet: Ein Bail-in soll möglich sein.

Die Halter von Bail-in-Fremdkapital könnten versuchen, Maßnahmen zu treffen, die es ihnen erlauben, die Bail-in-Risiken an Dritte weiterzureichen. Dies würde die Transparenz der Haftungsbeziehungen verschleiern und im Krisenfall die Abschätzung über das Vorliegen systemischer Risiken erschweren. Solche Maßnahmen könnten Risiken gar auf Institutionen verlagern, die im Ernstfall nicht glaubwürdig haften können. Zu den betreffenden Maßnahmen zählen Besicherungen (wie etwa bei Pfandbriefen, Covered Bonds und Repo-Transaktionen) und Formen der Absicherung, deren Inanspruchnahme andere Banken gefährden würde, wie etwa Kreditversicherungen (Credit Default Swaps, CDS). Deshalb sind Vorkehrungen zu treffen, die solche Verhaltensweisen wirkungsvoll ausschließen.

4 Konsequenzen für Regulierung und Beaufsichtigung von Banken mit Blick auf Bail-in-Kapital

Um sicherzustellen, dass eine Haftung privater Kapitalgeber von Banken glaubwürdig ist und im Ernstfall auch umgesetzt werden kann, sind besondere Vorkehrungen bereits ex ante, d. h. bei der Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzsektors notwendig.⁴

4.1 Neue Instrumente zur Sicherung privater Haftung ("Bail-in-able-Kapital")

Die Restrukturierungsrichtlinie (BRRD) sieht vor, dass Bankengläubiger, insbesondere die Halter von Hybridkapital, nachrangigem Kapital und von unbesicherten Forderungen, künftig regelmäßig in die Haftung einbezogen werden sollen. Die geplanten Regelungen haben jedoch zwei Schwächen. Erstens sind sie nicht hinreichend präzise, um in der Praxis wirklich sicherzustellen, dass privates Kapital in hinreichendem Umfang in Anspruch genommen werden kann. Zweitens sind die in der Richtlinie genannten Übergangsregelungen höchst problematisch; sie setzen die falschen Anreize und können die Zielsetzung der Richtlinie insgesamt untergraben.

Damit die private Haftung im Bereich des Fremdkapitals glaubwürdig ist und in einem Krisenmoment auch tatsächlich wirksam werden kann, sind zwei Bedingungen zu erfüllen:

- Das für einen glaubwürdigen Bail-in vorgesehene Fremdkapital darf nicht seinerseits von Banken gehalten werden. Entstehende Verluste sollen außerhalb des Bankensektors getragen werden.
- Auch die Berücksichtigung von Risikotransferleistungen, wie etwa Kreditversicherungen (Credit Default Swaps, CDS), darf nicht dazu führen, dass entstandene Verluste bei der Fremdkapitalposition "Bail-in-Anleihen" in den Bankensektor rückverlagert werden.

Die erste Bedingung soll sicherstellen, dass der Teufelskreis von systemischem Risiko, erhöhter Risikoüberahme durch einzelne Banken und anschließender vorsorglicher Bankenrettung durch den Staat durchbrochen wird. Eine "Verankerung" der Haftung für Bankverluste außerhalb des Bankensektors räumt der privaten Haftung wieder den Stellenwert ein, den sie im Nichtbankensektor

⁴ Wie wichtig der Aspekt der Glaubwürdigkeit ist, zeigen die Erfahrungen der Finanzkrise seit 2007. Ungeachtet aller Bekenntnisse zu "no bail-out" hat man letztlich in allen wesentlichen Einzelfällen auf ein Bail-in verzichtet (Dübel 2013).

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

ganz selbstverständlich besitzt. Um eine tatsächliche Risikoverankerung außerhalb des Bankensektors zu sichern, ist auch der Fall eines Risikorücktransfers in den Bankensektor zu bedenken; dies ist die zweite Bedingung. Hier wäre eine Klausel im Vertragswerk des Bail-in-Bonds oder eine Auflage für das Risikobuch der Bank ein denkbarer Weg, um diesen Risikorücktransfer zu verhindern.

Beide Bedingungen, die Halteridentität und der Ausschluss des Risikorücktransfers, sind von der Aufsicht kontinuierlich zu überwachen. Auf sie kommt bezüglich Bail-in-Bonds daher eine neue Aufgabe zu: Die Sicherstellung glaubwürdiger Bail-in-Voraussetzungen ("Securing Bail-in-Ability at all Times"). Zu der inhaltlichen Aufgabenstellung kommt die Frage der Zuständigkeit für eine Überwachung der Bail-in-Eigenschaften hinzu. Als pragmatische Lösung bietet sich eine Zuständigkeit der europäischen Behörden ESMA, EIOPA und EBA unter verantwortlicher und koordinierender Leitung des ESRB⁵ an.

4.2 Bail-in-Kapital für einen großen Markt: Anforderungen der Investoren

Unbeantwortet ist bisher die Frage nach dem Mindestvolumen von Bail-in-Anleihen bei Banken. Als Orientierungsgröße kann die schweizerische Regulierung dienen. Sie betrifft neugeschaffene Wandelanleihen, sogenannte Coco-Bonds⁶, eine Form von Bail-in-Anleihen. Bei diesen Anleihen kann die Aufsicht nach Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Umwandlung des

Fremdkapitals in Form von Coco-Bonds in Eigenkapital verfügen. Nach dem Schweizer Modell⁷ betragen die gesamten um Coco-Bonds erweiterten Kapitalanforderungen 19 % der risikogewichteten Aktiva. Hiervon müssen mindestens 4,5 Prozentpunkte hartes Eigenkapital sein; weitere 5,5 Prozentpunkte hartes Eigenkapital dienen als Kapitalpuffer, zu denen weitere 3 Prozentpunkte in Form von Wandelanleihen ebenfalls als Kapitalpuffer hinzukommen. Für systemrelevante Banken sind größenabhängig Wandelanleihen von bis zu 6 Prozentpunkten vorgesehen.

Ein sehr viel größerer Wert als im Falle der Schweiz veranschlagt ist zumindest in absehbarer Zukunft wenig realistisch, weil bei unterstellten 5 % der Bilanzsumme aller europäischen Banken ein Betrag von etwa 2 Bio. € angesprochen ist – dies ist ein ehrgeiziger Betrag angesichts eines durchschnittlichen jährlichen Anleihemissionsvolumens von Nichtbanken in Europa von etwa 100 Mrd. €³. Der Beirat geht daher bei seinen weiteren Überlegungen zur Marktentwicklung für Wandelanleihen von einer Anforderung in Höhe von etwa 5 % der Bilanzsumme aus.

Die Folgerung für den Gesetzgeber lautet daher: Schon bei der Ausformung des Gesetzes ist sorgfältig zu überlegen, wie die Entstehung eines solchen neuen Marktes

⁵ ESMA: European Securities Markets Authority, Paris; EIOPA: European Insurance and Occupational Pensions Authority, Frankfurt; EBA: European Banking Authority, London; ESRB: European Systemic Risk Board, Frankfurt.

⁶ Contingent Convertible Bonds.

⁷ Expertenkommission Schweiz (2010); Schlussbericht der Expertenkommission zur Limitierung von volkswirtschaftlichen Risiken durch Großunternehmen, Zürich, September. Vergleiche http://www.sif.admin.ch/dokumentation/00514/00519/00592.

⁸ DB Research, Corporate bond issuance in Europe, Where do we stand and where are we heading?, 31. Januar 2013, vergleiche http://www. dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/ PROD00000000000300834.pdf.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

für risikotragende Bankwandelanleihen erleichtert werden kann.

Drei Überlegungen können hierbei eine besondere Rolle spielen:

- Dem Gesetzgeber muss klar sein, dass ein derartiges Privathaftungsvolumen primär von institutionellen Investoren übernommen werden kann, die ihrerseits aufgrund langlaufender Verbindlichkeiten nicht so schnell in Liquiditätsprobleme kommen und deshalb einen größeren Schadensfall leichter absorbieren und über mehrere Jahre strecken können. Bei den hier angesprochenen Investoren handelt es sich um Pensionsfonds, Lebensversicherungen, Sovereign Wealth Funds und möglicherweise auch spezialisierte (long-only) Hedge Funds. Folgerichtig dürfen keine weiteren Regulierungsvorgaben, wie etwa Anlagevorschriften für Investoren, eine Übernahme von Bank-Erstverlustrisiken übermäßig begrenzen. Diese Gefahr droht gegenwärtig mit Blick auf Solvency II und die dort angestrebte Abschirmung von Lebensversicherungen gegen Bankrisiken.
- 2. Dem Gesetzgeber muss ferner klar sein, dass die Einzelheiten der rechtlichen Ausgestaltung von Bail-in-Bonds, einschließlich der Interventionsregeln, denen sie hoheitlich unterworfen sind, einen erheblichen Einfluss darauf haben können, ob und wie sich ein ausreichendes Investoreninteresse für Bail-in-Bonds ergeben wird. Zwei Kriterien sollen bei dem gegenwärtigen Wissensstand besonders herausgehoben werden:
 - Erstens: Der Umfang diskretionärer Eingriffsmöglichkeiten seitens der Aufsicht bei der Festlegung des Bailin-Falles schafft für Investoren ein zusätzliches, schwer kalkulierbares

- Risiko. Von daher sollte der für Bail-in-Bonds vorzusehende Trigger (Auslöser) so weit wie möglich objektiviert ("hart") sein, beispielsweise durch Konditionierung auf kritische Bilanzund/oder Ertragsrelationen oder auf Marktpreise relevanter Instrumente.
- Zweitens: Die Verlustzuweisung sollte mögliche Besserungsoptionen⁹ berücksichtigen (Debtor Warrant). So könnten Fehleinschätzungen in einer Krisensituation kompensiert und temporäre Liquiditätsprobleme und Preisverzerrungen ausgeglichen werden. Diese Eigenschaft ist durch eine feste Konversionsregel zu erreichen.
- 3. Um Missverständnisse bezüglich des Begriffs "Bail-in-Bonds" zu vermeiden, ist klarzustellen, dass sich die Fähigkeit zur Haftungsübernahme durch Gläubiger keineswegs auf die sogenannten Bail-in-Bonds beschränkt. Tatsächlich gilt für jeden Fremdkapitaltitel die volle Mithaftung in den Grenzen, die durch den tatsächlichen Wert einer eventuellen Sicherheit und die eventuell greifende Einlagensicherung gegeben sind.

Neben diesen dauerhaften Regeln ist es wichtig, den Übergang zur Einführung des Bail-In-Instruments angemessen zu gestalten. In der Vereinbarung des Rats wird die

⁹ Eine Besserungsoption bezeichnet eine vertragliche Regelung, nach der ein Finanzinstrument nicht nur an eventuellen Verlusten partizipiert, sondern auch an etwaigen späteren Gewinnen. Beispiele finden sich in bedingten Wandelschuldverschreibungen (Cocos), die im Krisenfall (also beim Auftreten von Verlusten) in Eigenkapital gewandelt werden, dann aber im Falle einer Erholung des Unternehmenswerts an den Wertzuwächsen partizipieren.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

Anwendbarkeit der Bail-in-Regeln auf den 1. Januar 2016 datiert. Als Erklärung für die späte Einführung der neuen Haftungsregel werden Ergebnisse der Auswirkungsstudie ("Impact Assessment") der Kommission angeführt. Eine schnellere Einführung des Bail-In-Instruments (als 2016) könne zu einem "Deleveraging"¹⁰ im Bankensektor mit negativen Konjunkturwirkungen führen.¹¹ Dieses Argument überzeugt nicht. Erstens droht ein solches Deleveraging bei Verzögerung des Bail-in-Instruments ebenso, nur eben später. Zweitens: Um ein solches Deleveraging zu verhindern, ist das undifferenzierte Ausdehnen der Staatshaftung das falsche Instrument. Es ist sinnvoller, die Nutzung anderer Finanzierungswege als den klassischen Bankkredit zu unterstützen. Hier ist in erster Linie die Schaffung eines leistungsfähigen Anleihemarktes für Nichtbanken zu nennen.

Literatur

Admati, Anat and Hellwig, Martin (2013), "The Bankers' New Clothes – What's Wrong with Banking and What to Do about It", Princeton University Press.

Asquith, Paul and Mullins Jr., David W. (1986), "Equity Issues And Offering Dilution", Journal of Financial Economics 15 (1986), 61-89.

Calomiris, Charles W. and Herring, Richard J. (2012), "Why and How to Design a Contingent Convertible Debt Requirement", Working Paper.

De Marzo, Peter M. (2005), "The Pooling and Tranching of Securities: A Model of Informed Intermediation", Review of Financial Studies, 1-35.

Diamond, Douglas W. and Dybvig, Philip H. (1983), "Bank Runs, Deposit Insurance, and Liquidity", Journal of Political Economy, 91, 401-419.

Diamond, Douglas W. and Rajan, Raghuram G. (2000), "A Theory of Bank Capital", Journal of Finance 55(6), 2431-2465.

Diamond, Douglas W. and Rajan, Raghuram G. (2001), "Liquidity Risk, Liquidity Creation, and Financial Fragility: A Theory of Banking", Journal of Political Economy, 109, 287-327.

Deleveraging kann auf zwei Weisen erreicht werden: durch die Erhöhung von Eigenkapital bei konstanter Verschuldung (wodurch die Kreditvergabekapazität insgesamt steigt) oder durch Verminderung der Verschuldung bei konstantem Eigenkapital (wodurch die Kreditvergabekapazität sinkt).

¹¹ Commission Staff Working Document Impact Assessment Accompanying the document Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms and amending Council Directives 77/91/EEC and 82/891/ EC, Directives 2001/24/EC, 2002/47/EC, 2004/25/ EC, 2005/56/EC, 2007/36/EC and 2011/35/EC and Regulation (EU) No. 1093/2010, S. 49-50.

Aktuelle Entwicklung der Europäischen Bankenunion – Plädoyer für ein glaubwürdiges Bail-in

Dübel, Achim (2013), "The Capital Structure of Banks and Practice of Bank Restructuring", Working Paper, Center for Financial Studies 2013/04.

Expertenkommission Schweiz (2010), "Schlussbericht der Expertenkommission zur Limitierung von volkswirtschaftlichen Risiken durch Großunternehmen", Zürich, September. Vergleiche http://www.sif.admin. ch/dokumentation/00514/00519/00592/.

Franke, Günter und Krahnen, Jan P. (2009), "The future of securitization", in Prudent lending restored: Securitization after the mortgage meltdown, Fuchita, Y., Herring, R. und Litan, E. (Hrsg.), Brookings Institution.

Gertler, Mark and Kiyotaki, Nobuhiro (2012), "Banking, Liquidity and Bank Runs in an Infinite Horizon Economy", Working Paper. Kashyap, Anil K., Rajan, Raghuram G. and Stein, Jeremy C. (2002), "Banks as Liquidity Providers: An Explanation for the Coexistence of Lending and Deposit-Taking", Journal of Finance, 57, 33-73.

Krahnen, J. P. und Schmidt, R. H. (2004), "German Financial System", Oxford University Press

Myers, Stuart C. and Majluf, Nicholas S. (1984), "Corporate Financing And Investment Decisions When Firms Have Information That Investors Do Not Have", Journal of Financial Economics 13, 187-221.

Pennacchi, George (2012), "Narrow Banking", Annual Review of Financial Economics 4, 1-36.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Im 1. Quartal 2014 kam es zu einer Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Begünstigend wirkte das außergewöhnlich milde Winterwetter. Das Wirtschaftswachstum wurde rein rechnerisch ausschließlich von der Binnenkonjunktur getragen. Insbesondere die Zunahme der Investitionstätigkeit fiel unerwartet kräftig aus.
- Der Beschäftigungsaufbau hielt im April an. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im Mai gegenüber dem Vormonat merklich an. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund des außergewöhnlichen milden Winterwetters die Arbeitslosigkeit zuvor zurückgegangen war.
- Die Preisniveauentwicklung verlief im Mai in ruhigen Bahnen. Der Verbraucherpreisindex (VPI) stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % an. Die Teuerungsrate verringerte sich damit merklich, nachdem sie sich im April leicht verstärkt hatte.

Das Wirtschaftswachstum hat sich zu Beginn dieses Jahres gegenüber dem Schlussquartal 2013 beschleunigt. Dies ist vor allem auf eine höhere konjunkturelle Grunddynamik zurückzuführen. Begünstigend wirkte aber auch das außerordentlich milde Winterwetter, insbesondere im Baubereich.

Im 1. Quartal 2014 waren die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten in kalender-, saison- und preisbereinigter Betrachtung um 0,8 % höher als im Schlussquartal des vorangegangenen Jahres. Positive Wachstumsimpulse kamen rein rechnerisch ausschließlich von der Inländischen Verwendung (+ 1,7 Prozentpunkte). Dabei zogen die Investitionen in Ausrüstungen (kalender-, saison- und preisbereinigt + 3,3 % gegenüber dem Vorquartal) und Bauten (+ 3,6%) unerwartet stark an. Hierzu trugen vor allem die Investitionen der nichtstaatlichen Sektoren bei, die ihren Aufwärtstrend beschleunigt fortsetzten. Aber auch die staatlichen Investitionen nahmen wegen des außergewöhnlich milden Winterwetters, das den öffentlichen Tiefbau begünstigte, zu (+ 11,6 %). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden mit 0,7 % so kräftig erhöht wie zuletzt im 2. Quartal 2013. Ein deutlicher Lageraufbau trug ebenfalls zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei (+ 0,7 Prozentpunkte). Die Ausweitung

der inländischen Nachfrage beflügelte die Importtätigkeit, während die Exporte nur schwach zunahmen. Daher dämpften die Nettoexporte das Wachstum rein rechnerisch (-0,9 Prozentpunkte).

Die deutliche Ausweitung der Binnennachfrage sowie die damit einhergehenden Gewinnund Einkommenssteigerungen haben die Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf begünstigt. So erhöhte sich beispielsweise das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage) von Januar bis Mai 2014 um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Aus konjunkturanalytischer Sicht ist die unerwartet starke Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen besonders hervorzuheben, denn über verschiedene Übertragungskanäle trägt sie – z. B. durch Beschäftigungsaufbau sowie Lohn- und Gewinnsteigerungen – zur Verstärkung der Expansion der Inlandsnachfrage bei. Aufgrund der sehr günstigen Rahmenbedingungen für Investitionen wie u. a. die verbesserten Absatzperspektiven, eine gute Gewinnsituation der Unternehmen sowie die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten ist im weiteren Jahresverlauf mit einer dynamischen

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Investitionsentwicklung zu rechnen, wenn auch in einem etwas schwächeren Tempo als im 1. Vierteljahr. Dafür spricht ebenfalls das insgesamt günstige Indikatorenbild. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe überschritt zuletzt den langjährigen Durchschnitt. Das Erweiterungsmotiv gewinnt daher allmählich an Bedeutung. Die vom DIHK befragten Unternehmen erhöhten ihre Investitionsabsichten leicht gegenüber der Herbstumfrage.

Die Investitionsdynamik sowie die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass sich der konjunkturelle Aufschwung im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird. Im 2. Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Expansion jedoch – aufgrund eines technischen Gegeneffekts auf die witterungsbedingte Überzeichnung zu Beginn dieses Jahres preis-, kalender- und saisonbereinigt weniger kräftig sein. Die Stimmungsindikatoren der Unternehmen liegen weiterhin im optimistischen Bereich, wenngleich der Markit-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe sowie das ifo Geschäftsklima der gewerblichen Wirtschaft zuletzt nachgaben. Auch die Verbraucher sehen mit Zuversicht in die Zukunft. Das Vertrauen der Verbraucher gemäß GfK-Konsumklima erhöhte sich im 2. Quartal gegenüber dem 1. Vierteljahr leicht.

Die Exporttätigkeit zeigte einen günstigen Einstieg in das 2. Vierteljahr. Die nominalen Warenexporte wurden im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig ausgeweitet, nachdem es im 1. Quartal nur zu einem schwachen Anstieg gekommen war. Im Mehrmonatsdurchschnitt zeigt sich saisonbereinigt eine leicht rückläufige Tendenz. Nach Ursprungswerten stagnierten die Ausfuhren im April gegenüber dem Vorjahr nahezu. Für die regionale Aufgliederung nach dem Ursprungslandprinzip liegen bisher nur Daten bis zum Ende des 1. Quartals vor. Im 1. Vierteljahr verzeichneten die Ausfuhren in die Länder außerhalb des Euroraums der Europäischen Union (EU) mit + 10,3 % gegenüber dem Vorjahr den kräftigsten Anstieg. Auch in den Euroraum wurde deutlich mehr exportiert

als vor einem Jahr (+ 2,4%). Von den Exporten in Drittländer gingen dagegen kaum Impulse aus (+ 0,3% gegenüber dem Vorjahr). Belastend wirkten hier vor allem die rückläufigen Exporte nach Mittel- und Südamerika und in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Die nominalen Warenimporte veränderten sich im April saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat kaum, nachdem sie im 1. Quartal deutlich ausgeweitet worden waren. Nach Ursprungswerten zogen die Einfuhren gegenüber dem Vorjahr leicht an. Im 1. Vierteljahr wurden nach dem Ursprungslandprinzip die Importe aus der EU um 6,4 % kräftig ausgeweitet. Darüber hinaus übertrafen die Einfuhren aus Drittländern das Vorjahresniveau ebenfalls merklich (+ 2,0 %).

Der Leistungsbilanzüberschuss lag im Zeitraum Januar bis April mit 67,0 Mrd. € leicht über dem Vorjahresniveau (+ 2,0 Mrd. €). Der Anstieg resultierte ausschließlich aus einer Erhöhung des Überschusses des Saldos der Dienstleistungsbilanz. Die Salden der anderen Bestandteile der Leistungsbilanz – Handelsbilanz, einschließlich Ergänzungen zum Außenhandel, Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Laufende Übertragungen – verringerten sich gegenüber dem Vorjahr. Im 1. Quartal 2014 betrug der Leistungsbilanzüberschuss in Prozent des BIP 7,1% und lag damit marginal unter dem Ergebnis zu Beginn des vergangenen Jahres (+ 7,2%).

Angesichts der allgemein erwarteten Erholung der Weltwirtschaft dürfte im weiteren Jahresverlauf mit einer zunehmenden Exporttätigkeit der deutschen Unternehmen zu rechnen sein. Im 1. Quartal waren insbesondere Wachstumsimpulse von den Ländern der EU und damit den wichtigsten Handelspartnerländern Deutschlands ausgegangen. In der EU war das vierte Quartal in Folge ein BIP-Anstieg zu verzeichnen, wobei die Entwicklung einzelner Länder jedoch sehr heterogen verlief. Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern neigte noch zur Schwäche. Für den weiteren Jahresverlauf signalisieren die vorlaufenden Indikatoren eine

☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2013		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt	Vorjahr			
	bzw. Index	Vorjahr in %	3. Q. 13	4. Q. 13	1. Q. 14	3. Q. 13	4. Q. 13	1. Q. 14	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,6	+0,4	+0,3	+0,4	+0,8	+1,1	+1,3	+2,5	
jeweilige Preise	2 738	+2,7	+0,6	+0,7	+1,1	+3,4	+3,4	+4,3	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 128	+3,6	-0,5	+0,8	+1,2	+3,8	+4,6	+4,3	
Arbeitnehmerentgelte	1 417	+2,8	+0,9	+0,8	+1,0	+2,9	+2,8	+3,5	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	711	+5,1	-3,1	+0,9	+1,6	+5,4	+9,3	+5,8	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1717	+2,2	+1,1	+0,2	+0,2	+3,3	+2,5	+2,5	
Bruttolöhne und -gehälter	1 161	+3,1	+0,9	+0,5	+1,2	+3,2	+3,0	+3,6	
Sparen der privaten Haushalte	174	-1,4	+1,0	+1,2	-0,6	-0,4	+1,6	+2,1	
	2013				Veränderung i	n % gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd. €	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt				Vorjahr ¹		
Auftragseingänge	bzw. Index		Mrz 14	Apr 14	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 14	Apr 14	Zweimonats durchschnit	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 094	-0,2	-1,8	+3,0	-1,0	+1,9	-0,2	+0,8	
Waren-Importe	896	-1,1	-1,1	+0,1	-0,9	+5,3	+0,6	+3,0	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,4	+0,2	-0,6	+0,2	-0,3	+2,9	+1,8	+2,4	
Industrie ²	107,8	+0,3	-0,3	+0,1	+0,0	+3,2	+2,3	+2,8	
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,2	-2,7	-1,2	-2,6	+12,4	+2,9	+7,4	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,8	-0,0	-0,7	+0,7	-0,9	+2,5	+2,6	+2,6	
Inland	103,2	-1,5	-0,3	+0,6	-0,4	+2,3	+3,6	+2,9	
Ausland	108,5	+1,4	-1,2	+0,9	-1,4	+2,9	+1,6	+2,3	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	106,1	+2,8	-2,8	+3,1	-0,9	+1,5	+6,3	+3,8	
Inland	101,8	+0,9	-0,6	+0,0	+0,0	+2,1	+4,7	+3,4	
Ausland	109,5	+4,2	-4,5	+5,5	-1,5	+0,9	+7,7	+4,1	
Bauhauptgewerbe	108,9	+4,4	-2,6		-2,8	+3,3	+4,2	+3,7	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,2	+0,0	+0,1	-0,9	+0,0	-1,1	+3,4	+1,1	
Handel mit Kfz	103,2	-2,6	-0,2		+0,1	+7,9		+8,0	

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2013		Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorp	eriode saison	bereinigt	Vorjahr				
	Mio.	Vorjahr in %	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14		
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	-11	-25	+24	-43	-77	-55		
Erwerbstätige, Inland	41,84	+0,6	+34	+32		+372	+398			
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,27	+1,2	+62			+472				
	2013		Veränderung in % gegenüber							
Preisindizes 2010 = 100		gegenüber	Vorperiode			Vorjahr				
	Index	Vorjahr in %	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14		
Importpreise	105,9	-2,6	-0,6	-0,3		-3,3	-2,4			
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	-0,3	-0,1		-0,9	-0,9			
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,3	-0,2	-0,1	+1,0	+1,3	+0,9		
ifo Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden									
gewerbliche Wirtschaft	Okt 13	Nov 13	Dez 13	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14		
Klima	+7,7	+11,3	+11,5	+13,7	+14,9	+13,8	+14,8	+13,2		
Geschäftslage	+11,3	+13,2	+11,8	+13,4	+17,1	+18,7	+18,9	+17,9		
Geschäftserwartungen	+4,1	+9,5	+11,1	+13,9	+12,7	+9,0	+10,8	+8,6		

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Bundesagentur für Arbeit.

fortschreitende moderate weltwirtschaftliche Erholung. So bewegt sich der OECD Composite Leading Indicator stabil auf hohem Niveau. Der globale Einkaufmanagerindex für die Industrie und den Dienstleistungssektor zusammen stieg im Mai auf das höchste Niveau seit September 2013. Angesichts der sich verbessernden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehen die deutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes zunehmend von günstigeren Exportgeschäften aus (ifo Exporterwartungen). Die Auslandsaufträge sind im April kräftig angestiegen. Dennoch zeigen sie derzeit eine leichte Abwärtsbewegung.

Die Industrie ist gut in das 2. Quartal 2014 gestartet. Die konjunkturelle Grunddynamik ist aufwärtsgerichtet. Allerdings hat sich der Aufwärtstrend erwartungsgemäß abgeschwächt. Die Industrieproduktion stagnierte im April saisonbereinigt nahezu gegenüber dem Vormonat. Auch im Zweimonatsvergleich gab es im Vergleich

zur Vorperiode keine Veränderung. Dabei stieg die Konsumgüterproduktion deutlich an (+ 1,2 % gegenüber der Vorperiode), während sich das Produktionsvolumen von Vorleistungsgütern nicht veränderte und die Investitionsgütererzeugung marginal rückläufig war. Tendenziell blieb die Industrieproduktion insgesamt jedoch aufwärtsgerichtet.

Der Umsatz in der Industrie stieg im April saisonbereinigt um 0,7 % gegenüber dem Vormonat an. Dies resultierte sowohl aus Umsatzsteigerungen im Inland als auch im Ausland. Ein Umsatzplus war bei Konsumund Vorleistungsgütern zu beobachten. Im Mehrmonatsvergleich stabilisierte sich die Umsatzentwicklung auf hohem Niveau. Dabei stellt sich der Umsatz auf dem inländischen Markt günstiger als der Auslandsumsatz dar. Der Auslandsumsatz zeigte im Euroraum eine deutliche Aufwärtsbewegung.

Die Auftragseingänge sind insgesamt – insbesondere aus dem Ausland – durch das

²Ohne Energie

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

stark schwankende Volumen an Großaufträgen geprägt. Ohne Berücksichtigung der Großaufträge zeigen die Bestellungen eine merklich günstigere Entwicklung. Im 2. Quartal dürften erneut wesentliche Impulse von der Binnenkonjunktur zu erwarten sein. Dafür spricht die Aufwärtsbewegung der Auftragseingänge aus dem Inland. Vor allem die Bestellungen von Investitionsgütern zogen im Mehrmonatsvergleich kräftig an und signalisieren eine Fortsetzung des Investitionsaufschwungs auch im laufenden Quartal, wenn auch mit einer voraussichtlich etwas schwächeren Expansion als zu Beginn dieses Jahres.

Insbesondere im Baugewerbe dürfte es zu einer Gegenreaktion auf das durch die milde Witterung überzeichnete 1. Vierteljahr kommen. So wurde die Bauproduktion im April weiter zurückgefahren. Dies resultierte aus einer Abnahme der Aktivität sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau (- 2,2 % und - 6,5 %), während das Ausbaugewerbe nach Einbußen im März nun wieder expandierte (+ 1,7 %). Die Bauproduktion insgesamt blieb der Grundtendenz nach aufwärtsgerichtet.

Die Stimmungsindikatoren sprechen für eine Fortsetzung des Aufschwungs, jedoch mit verminderter Dynamik. Sie zeichnen zwar weiterhin ein optimistisches Bild, am aktuellen Rand verschlechterten sich jedoch sowohl der Einkaufsmanagerindex als auch das ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe gegenüber dem Vormonatsergebnis leicht. Auch für die Entwicklung im Baugewerbe gehen die Unternehmen von einer ruhigeren Gangart aus.

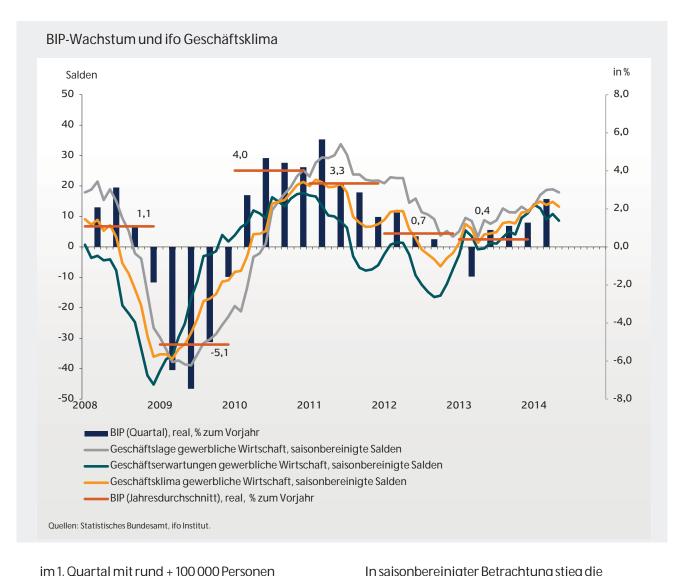
Die Ausweitung der Privaten Konsumausgaben dürfte sich im 2. Quartal fortsetzen. Jedoch könnte die Zunahme etwas geringer ausfallen als zum Jahresbeginn. Darauf deutet die uneinheitliche Entwicklungsrichtung der Indikatoren hin. Der Umsatz im Einzelhandel ohne Kfz ist im April saisonbereinigt um 0,9 % gegenüber dem Vormonat zurückgegangenen. Im Zweimonatsvergleich veränderte er sich damit gegenüber der Vorperiode nicht.

Gemäß ifo Geschäftsklima schätzten die Einzelhändler ihre Lage im Mai das zweite Mal in Folge weniger positive in als im Vormonat. Die Verbraucher sind jedoch weiterhin sehr optimistisch. Das GfK-Konsumklima verharrte im Mai auf einem hohen Niveau, und auch für Juni wird keine Veränderung erwartet. Im 2. Quartal überstieg das Verbrauchervertrauen das Vorguartalsniveau jedoch merklich. Sowohl die Anschaffungsneigung als auch die Einkommenserwartungen bewegten sich im Mai auf einem sehr hohen Niveau, wenngleich die Einkommenserwartungen das Plus aus dem Vormonat größtenteils wieder einbüßten. Die Einschätzungen zur Anschaffungsneigung werden dadurch begünstigt, dass die Verbraucher – angesichts weiterhin niedriger Zinsen – eher konsumieren als sparen wollen. Das hohe Konsumentenvertrauen speist sich aus der sehr guten wirtschaftlichen Lage, die einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau erwarten lässt. Ein daraus resultierender Lohnanstieg sowie die jüngsten Tariflohnabschlüsse bieten eine gute Grundlage, um größere Anschaffungen zu tätigen. Im 1. Quartal nahmen die nominalen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 0,9 % gegenüber dem Vorquartal zu (saisonund kalenderbereinigt).

Der Arbeitsmarkt zeigt sich in einer guten Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im April fort. Saisonbereinigt stieg die Erwerbstätigenzahl um 32 000 Personen an. Nach Ursprungswerten wurde ein Niveau von 42,0 Millionen Personen erreicht und der Vorjahresstand damit um 1,0 % überschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte im 1. Quartal - nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) – um 176 000 Personen beziehungsweise 0,6% (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) kräftig zu. Der Anstieg fiel gut 2 ½-mal höher aus als im 3. Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal. In Ursprungswerten belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen auf 29,5 Millionen. Das waren 419 000 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. Allein im März wurde das Vorjahresniveau um 472 000 Personen übertroffen. Das absolut höchste Plus gab es

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 96 000 Personen). In Prozent gerechnet fiel der Beschäftigtenanstieg bei den Arbeitsnehmerüberlassungen am kräftigsten aus (+ 4,0%).

Im Mai 2014 waren 2,9 Millionen Personen arbeitslos gemeldet und damit 1,9 % weniger als vor einem Jahr (nach Ursprungswerten). Die entsprechende Arbeitslosenquote unterschritt das Vorjahresniveau um 0,2 Prozentpunkte (6,6 %). Im Vergleich innerhalb der EU weist Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten auf (März: saisonbereinigt 5,2 %).

In saisonbereinigter Betrachtung stieg die Arbeitslosenzahl im Mai 2014 gegenüber dem Vormonat merklich an. In den Monaten Dezember bis April war die Arbeitslosigkeit insbesondere auch aufgrund des außerordentlich milden Winterwetters noch deutlich rückläufig. Da weniger Winterarbeitslosigkeit aufgebaut wurde, fiel der im Zuge der Frühjahrsbelebung übliche Rückgang der Arbeitslosigkeit im Mai schwächer aus. Zum Teil trug zum Anstieg der Arbeitslosigkeit auch eine temporäre Verringerung des arbeitsmarktpolitischen Instrumenteneinsatzes bei. Dennoch zeigt sich ein deutlicher Abwärtstrend, wenn man die Entwicklung in den Winter- und Frühjahrsmonaten zusammen betrachtet und damit die witterungsbedingten

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Verschiebungen herausrechnet. So war in den Monaten Dezember 2013 bis Mai 2014 ein monatsdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosenzahl um 10 000 Personen zu beobachten.

Auch der Beschäftigungsaufbau könnte aufgrund der schwächeren Frühjahrsbelebung im Mai merklich geringer ausfallen als in den vier Monaten zuvor. Darauf deutet insbesondere der Rückgang des Stellenindex der BA um 5 Punkte gegenüber dem Vormonat hin. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich iedoch die Aufwärtstendenz der Beschäftigungsentwicklung fortsetzen. Zwar ist das ifo Beschäftigungsbarometer im Mai leicht gesunken. Es befindet sich jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau und signalisiert, dass die Mitarbeiterzahl in den deutschen Unternehmen weiter steigen werde, wenn auch in einem langsameren Tempo. Die Arbeitskräftenachfrage wird derzeit durch einen Anstieg der Zuwanderung und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren gespeist. Der Wanderungssaldo betrug im vergangenen Jahr rund 437 000 Personen. Er erhöhte sich damit um knapp 70 000 Personen gegenüber dem Jahr 2012. Dem gegenüber stehen die demografischen Belastungen einer alternden Gesellschaft, die die Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials und damit auch den Beschäftigungsaufbau dämpfen.

Die Preisniveauentwicklung verlief im Mai in ruhigen Bahnen. Der VPI stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % an. Die Teuerungsrate verringerte sich damit merklich, nachdem sie sich im April leicht verstärkt hatte. Zur Dämpfung des Preisniveauanstiegs trug vor allem die weiterhin rückläufige Entwicklung der Energiepreise (-0,8 %), insbesondere für Mineralölprodukte bei. Der Abwärtstrend schwächte sich jedoch weiter ab. Eine nachlassende Teuerung von Nahrungsmitteln (+0,5 % nach +1,8 % im April 2014) trug ebenfalls zur Abflachung des Verbraucherpreisniveauanstiegs bei. Preise für Dienstleistungen zogen dagegen überdurchschnittlich stark an.

Bei den Import- und Erzeugerpreisen ist der Einfluss der rückläufigen Preisniveauentwicklung für Energieprodukte immer noch sehr hoch. Die Importpreise gaben im April um 2,4 % nach und damit weniger stark als im März. Ohne Berücksichtigung von Energiepreisen lag das Niveau nur 1,7 % unter dem Vorjahresstand. Hierin ist eine deutliche Verbilligung von einigen Nichtenergetischen Rohstoffen wie beispielsweise Eisenerzen und Nichteisen-Metallerzen enthalten. Die Erzeugerpreise gingen den dritten Monat in Folge um 0,9 % zurück. Neben der Verbilligung von Energiegütern lagen auch die Preise für Vorleistungsgüter deutlich unter Vorjahresniveau.

Angesichts der bis zum aktuellen Rand immer noch rückläufigen Preisentwicklung auf den dem Verbrauch vorgelagerten Preisstufen sowie der weiteren Verringerung der Preiserwartungen gemäß der GfK-Umfrage ist in den kommenden Monaten nicht mit einer wesentlichen Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs zu rechnen.

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2014

Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2014 im Vorjahresvergleich um 6,7 % gesunken. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Rückgang von 2,3 %. Dies ist hauptsächlich auf die starke Verminderung des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um 58,6 % zurückzuführen. Die reinen Ländersteuern (ohne Gemeindesteuern) wiesen einen Zuwachs von 11,9 % gegenüber dem Vorjahresniveau auf. Die reinen Bundessteuern lagen um 28,3 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresmonats. Das Aufkommensminus wurde vor allem durch die Erstattung der Kernbrennstoffsteuer aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg vom 11. April 2014 (Aktenzeichen 4 V 154/13) verursacht. Daneben ergaben sich weitere temporäre Einnahmeausfälle bei der Kraftfahrzeugsteuer infolge des Wechsels der Verwaltungshoheit für die Erhebung dieser Steuerart auf die Bundeszollverwaltung.

Die Steuereinnahmen des Bundes verringerten sich um 14,2 %. Neben den genannten Aufkommensminderungen bei der Kernbrennstoffsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer trägt hierzu auch der Anstieg der aus dem Aufkommen des Bundes zu leistenden EU-Eigenmittelabführungen bei. Die Steuereinnahmen der Länder verringerten sich um 1,7 %. Die EU-Eigenmittel stiegen um 10,9 %. Auch die Einnahmen der Gemeinden aus gemeinschaftlichen Steuern stiegen – aufgrund des guten Ergebnisses bei der Lohnsteuer – um 2,8 %.

In den Monaten Januar bis Mai 2014 ist das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) kumuliert um 1,5 % angewachsen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau um 2,7 %. Allerdings liegen die Bundessteuern um 6,9 % unter dem Vorjahresniveau, wohingegen die Ländersteuern Mehreinnahmen in Höhe von 14,2 % aufweisen. Die Einnahmen des

Bundes fielen um 1,3 %. Der Zuwachs der Einnahmen der Länder betrug 2,9 %.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer wiesen im Mai 2014 mit + 4,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum wie bereits in den Vormonaten einen starken Zuwachs auf. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld verringerten sich um 1,1 %. Brutto – vor Abzug des Kindergelds – stieg die Lohnsteuer um 3,2 % an. Dabei begünstigen nach wie vor die günstige Beschäftigungssituation sowie Lohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen. Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer lag kumuliert im Zeitraum Januar bis Mai 2014 um 6,3 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer verzeichneten im Mai 2014 auf niedrigem Niveau einen Rückgang um 36,0 % (- 0,15 Mrd. €). Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG stiegen um 10,8 % an. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto, also vor Abzug von Arbeitnehmererstattungen, Eigenheimzulage und Investitionszulage, stieg um 0,2 %. In kumulierter Betrachtung ist im Zeitraum Januar bis Mai 2014 nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen um insgesamt 9,9 % auf 13,2 Mrd. € zu verzeichnen.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen im Berichtsmonat Mai 2014 um 0,4 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Anstieg der Nachzahlungen wurde von einem Rückgang der Erstattungen begleitet. Kumuliert ergibt sich für den Zeitraum Januar bis Mai aufgrund der schlechten Ergebnisse im Februar und April ein Rückgang um 10,6 %.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto sanken im Mai

□ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderung ggü. Vorjah
2014	in Mio. €	in %	in Mio. €	in%	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 371	+4,6	64924	+6,3	167 700	+6,0
veranlagte Einkommensteuer	274	-36,0	13 212	+9,9	45 450	+7,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 198	-58,6	5 101	-30,3	16 000	-7,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	475	+4,5	4 446	-3,5	8 399	-3,1
Körperschaftsteuer	62	Х	5 144	-10,6	18 050	-7,5
Steuern vom Umsatz	17 482	+0,6	83 209	+3,3	203 400	+3,3
Gewerbesteuerumlage	175	-9,7	1 056	+0,0	3 932	+3,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	70	+8,3	857	-0,9	3 3 3 0	+2,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 107	-2,3	177 947	+2,7	466 261	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 297	+3,7	10827	+1,6	39 450	+0,2
Tabaksteuer	1214	+2,1	4947	+6,3	14300	+3,5
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	160	-12,1	858	-4,9	2 060	-2,0
Versicherungsteuer	847	+2,1	7 159	+3,4	11 950	+3,4
Stromsteuer	508	-11,7	2 569	-13,7	6 8 5 0	-2,3
Kraftfahrzeugsteuer	601	-22,0	3 2 4 8	-17,2	8 400	-1,1
Luftverkehrsteuer	82	+32,2	315	-2,8	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	-2 164	Χ	-2 164	Х	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	1 037	-1,4	5 523	+1,6	14900	+3,6
übrige Bundessteuern	128	+1,3	631	-0,8	1 478	+0,3
Bundessteuern insgesamt	5 708	-28,3	33 912	-6,9	101 668	+1,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	525	+29,8	2 3 2 1	+28,9	5 187	+12,0
Grunderwerbsteuer	701	+3,9	3 823	+10,1	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	135	-3,7	736	+3,4	1 735	+6,1
Biersteuer	68	+17,8	268	+6,0	680	+1,7
Sonstige Ländersteuern	26	+8,5	233	+3,5	383	-2,1
Ländersteuern insgesamt	1 455	+11,9	7 381	+14,2	17 135	+9,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	347	+4,2	1 752	+4,3	4 300	+1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	337	+97,1	2 3 5 8	+97,1	4140	+98,8
BNE-Eigenmittel	1 752	+3,5	12 261	-2,7	23 480	-5,3
EU-Eigenmittel insgesamt	2 435	+10,9	16 371	+5,8	31 920	+2,6
Bund ³	17 003	-14,2	93 335	-1,3	268 197	+3,2
Länder ³	17 876	-1,7	97 372	+2,9	252 207	+3,3
EU	2 435	+10,9	16 371	+5,8	31 920	+2,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 303	+2,8	13 915	+6,0	37 040	+5,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 617	-6,7	220 993	+1,5	589 364	+3,4

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom Mai 2014.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2014

gegenüber dem Vorjahresmonat um 51,3 %. Der hohe Rückgang ist vermutlich auf gegenüber dem Vorjahr veränderte Ausschüttungstermine der großen Kapitalgesellschaften zurückzuführen. So standen allein bei 18 Dax-Unternehmen im Monat Mai Ausschüttungen an. Die hierbei fällig gewordene Kapitalertragsteuer wird voraussichtlich im Juni aufkommenswirksam. Die vom Aufkommen abgezogenen Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern stiegen von 0,10 Mrd. € auf 0,26 Mrd. € an. Für das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ergab sich somit ein Rückgang um 58,6 %. Kumuliert weist das Kassenaufkommen bis Mai 2014 nunmehr eine Reduzierung des Volumens um 30,3 % auf.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichneten im Mai 2014 einen Zuwachs um 4,5 %. Für den Zeitraum Januar bis Mai 2014 ergibt sich allerdings noch ein Minus von 3,5 %.

Die Steuern vom Umsatz legten im Berichtsmonat Mai 2014 gegenüber dem Vorjahresniveau nur leicht um 0,6 % zu. Während die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um 3,0 % anstiegen, sank das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer um 6,5 %. Die Steuern vom Umsatz wiesen im Zeitraum Januar bis Mai 2014 kumuliert einen Zuwachs von 3,3 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Für die reinen Bundessteuern waren mit 28,3 % im Mai 2014 im Vorjahresvergleich deutliche Mindereinnahmen zu verzeichnen. Aufgrund des Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg zur Gewährung einer Aussetzung der Vollziehung bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer wurden bei dieser Steuer 2,16 Mrd. € erstattet. Die Kraftfahrzeugsteuer verzeichnete aufgrund der fortlaufenden Überführung der Verwaltungshoheit für die Erhebung dieser Steuer auf die Bundeszollverwaltung weiterhin temporäre Einnahmeausfälle (-22,0%). Auch bei der Stromsteuer ergaben sich Einnahmeeinbußen (- 11,7 %). Mehreinnahmen konnten u. a. die Energiesteuer (3,7 %), die Tabaksteuer (2,1%) sowie die Kaffeesteuer (4,1%) verbuchen. In kumulierter Betrachtung (Januar bis Mai 2014) lagen die reinen Bundessteuern nunmehr um 6,9 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,9 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung insbesondere wiederum von der Erbschaftsteuer (+ 29,8 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 3,9 %). Die Rennwett- und Lotteriesteuer wies mit - 3,7 % Mindereinnahmen aus. Im Zeitraum Januar bis Mai 2014 stiegen die Ländersteuern insgesamt um 14,2 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 wurde in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Bundestags am 5. Juni in weiten Teilen bestätigt. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2014 (voraussichtlich Ende Juli) gelten jedoch noch die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Mai 2014 auf 127,6 Mrd. €. Sie liegen um 1,3 Mrd. € (- 1,0 %) unter dem Ergebnis vom Mai 2013. Wie bereits in den Vormonaten ist die positive Entwicklung auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen.

Einnahmeentwicklung

Das Ergebnis der Einnahmen bis einschließlich Mai lag mit 103,5 Mrd. € um 0,4 Mrd. € knapp unter dem Ergebnis bis einschließlich Mai 2013 (- 0,4 %). Davon betrugen die Steuereinnahmen des Bundes 92,7 Mrd. € und lagen um 1,2 Mrd. € (-1,2 %) unter dem Ergebnis des Vorjahresvergleichszeitraums. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 10,8 Mrd. € um + 7,6 % über dem Ergebnis bis einschließlich Mai 2013.

Finanzierungssaldo

Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme zum Jahresende belastbar kalkulieren lässt. Erst zum Ende des Haushaltsjahres sind Tendenzaussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme möglich. Bis einschließlich Mai 2014 betrug der Finanzierungssaldo - 24,1 Mrd. €.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Regierungsentwurf 2014 ¹	Ist - Entwicklung ² Mai 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	298,5	127,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,0
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	291,8	103,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-0,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,9	92,7
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-1,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-24,1
Finanzierung durch:	22,3	6,7	24,1
Kassenmittel (Mrd. €)			25,4
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,0
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	22,1	6,5	-1,3

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

					Ist-Entv	vicklung	Unterjährige
	lst 2	2013	Regierungse	entwurf ¹ 2013	Januar bis Mai 2013	Januar bis Mai 2014	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 404	22,5	30 055	29 432	-2,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	2 372	2 334	-1,6
Verteidigung	32 269	10,5	32 366	10,5	12923	12 778	-1,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 780	4,5	5 861	5 596	-4,5
Finanzverwaltung	3 8 6 5	1,3	3 987	1,3	1 541	1 586	+2,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 185	6,2	6 964	6 807	-2,3
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 658	0,9	1 230	1 217	-1,0
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10 638	3,5	3 023	3 064	+1,3
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	148 162	48,1	65 903	68 129	+3,4
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 701	32,4	47 137	48 751	+3,4
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 679	10,3	13 672	13 359	-2,3
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 500	6,3	8 426	8 635	+2,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	2 101	1 629	-22,5
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 5 4 8	2,1	7 3 6 8	2,4	2 740	3 130	+14,2
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2 299	0,7	1 020	915	-10,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 006	0,7	570	578	+1,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 182	0,7	848	777	-8,4
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 670	0,5	792	726	-8,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	954	0,3	171	162	-4,8
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 395	1,4	1 838	1 968	+7,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	142	109	-22,8
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 220	1 305	+7,0
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 415	5,3	4 691	4 702	+0,2
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	1 886	2 151	+14,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 553	1,5	1 332	1 180	-11,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	35 798	11,6	17 965	15 185	-15,5
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,4	15 178	12 458	-17,9
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	298 500	97,0	128 869	127 591	-1,0

¹ Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

					Ist - Entv	wicklung	Unterjährige
	Ist 2	2013	Regierungse	entwurf ¹ 2014	Januar bis Mai 2013	Januar bis Mai 2014	Veränderung ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	269 353	90,2	117 787	116 116	-1,4
Personalausgaben	28 575	9,3	28 539	9,6	12 466	12 461	-0,0
Aktivbezüge	20938	6,8	20 749	7,0	9 046	8 963	-0,9
Versorgung	7 637	2,5	7 789	2,6	3 420	3 498	+2,3
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 287	8,1	7 905	7 823	-1,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 288	0,4	551	443	-19,6
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 9 9 1	3,3	2 556	2 632	+3,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	13 007	4,4	4799	4748	-1,1
Zinsausgaben	31 302	10,2	28 840	9,7	15 178	12 458	-17,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 060	62,7	81 987	83 108	+1,4
an Verwaltungen	27 273	8,9	20 617	6,9	7370	7 197	-2,3
an andere Bereiche	163 508	53,1	166 443	55,8	74649	75 912	+1,7
darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 453	8,9	10820	10310	-4,7
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27779	9,3	11714	12 270	+4,7
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104331	35,0	48 997	50 639	+3,4
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	250	266	+6,4
Investive Ausgaben	33 477	10,9	30 148	10,1	11 082	11 475	+3,5
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 338	7,5	9 563	9 590	+0,3
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 258	5,4	4731	4909	+3,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 594	0,5	432	312	-27,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	4 400	4370	-0,7
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	1 519	1 885	+24,1
Baumaßnahmen	6 2 6 4	2,0	6 280	2,1	1 227	1 598	+30,2
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	989	0,3	239	270	+13,0
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	52	18	-65,4
Globalansätze	0	0,0	-1 000	-0,3	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	298 500	100,0	128 869	127 591	-1,0

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

					Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	lst 2	013	Regierungse	ntwurf ¹ 2014	Januar bis Mai 2013	Januar bis Mai 2014	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 920	92,2	93 892	92 728	-1,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	221 586	75,9	81 185	83 536	+2,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111 373	38,2	37 757	38 628	+2,3
davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	70 593	24,2	24300	25 992	+7,0
veranlagte Einkommensteuer	17969	6,3	18 721	6,4	5 106	5614	+9,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	7 898	2,7	3 447	2 494	-27,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 844	1,3	2 027	1 956	-3,5
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	10355	3,5	2876	2 572	-10,6
Steuern vom Umsatz	104283	36,5	108 538	37,2	42 990	44 471	+3,4
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 675	0,6	437	437	+0,0
Energiesteuer	39 364	13,8	39 150	13,4	10658	10827	+1,6
Tabaksteuer	13 820	4,8	14050	4,8	4 655	4947	+6,3
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14850	5,1	5 438	5 523	+1,6
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 750	4,0	6 9 2 5	7 159	+3,4
Stromsteuer	7 009	2,5	7 000	2,4	2 978	2 569	-13,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 485	2,9	3 925	3 248	-17,2
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	0	-2 164	Х
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 082	0,7	903	858	-5,0
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 030	0,4	420	429	+2,1
Luftverkehrsteuer	978	0,3	970	0,3	324	315	-2,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 792	-3,8	-10 423	-3,6	-2 448	-2 565	+4,8
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-22 930	-7,9	-12 596	-12 261	-2,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4 140	-1,4	-1 196	-2 358	+97,2
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-2 996	-3 041	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	22 862	7,8	10 011	10 772	+7,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6 8 4 7	2,3	2 113	4 2 4 4	+100,9
Zinseinnahmen	191	0,1	270	0,1	42	64	+52,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 978	2,1	2 3 4 5	0,8	2 063	648	-68,6
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	291 782	100,0	103 903	103 500	-0,4

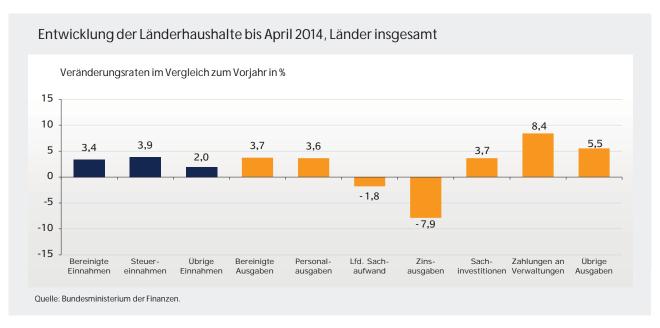
¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

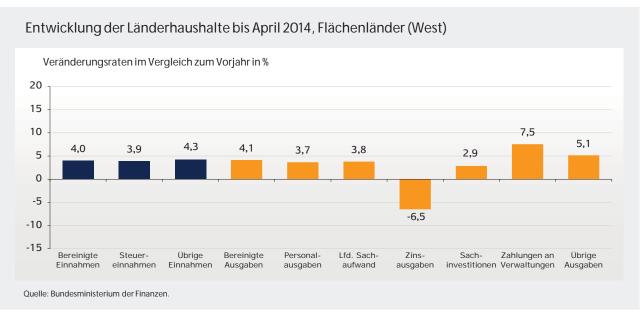
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014

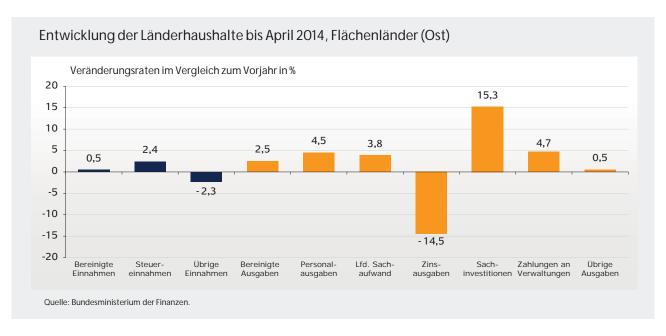
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2014 vor.

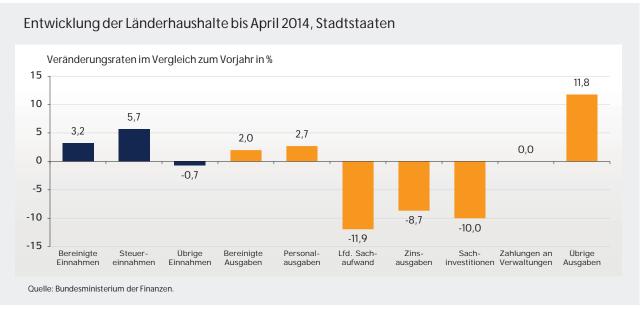
Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit fällt am Ende des Berichtszeitraums etwas ungünstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Es betrug Ende April 7,4 Mrd. € und übersteigt den Vorjahreswert um 0,6 Mrd. €. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 %, während die Einnahmen um 3,4 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich im Vergleichszeitraum um 3,9 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 2,17 % (2,31 % im April).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 1,36 % (1,47 % Ende April).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Mai auf 0,31% (0,34 % Ende April).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 5. Juni 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 10 Basispunkte auf 0,15 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Basispunkte auf 0,40 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte

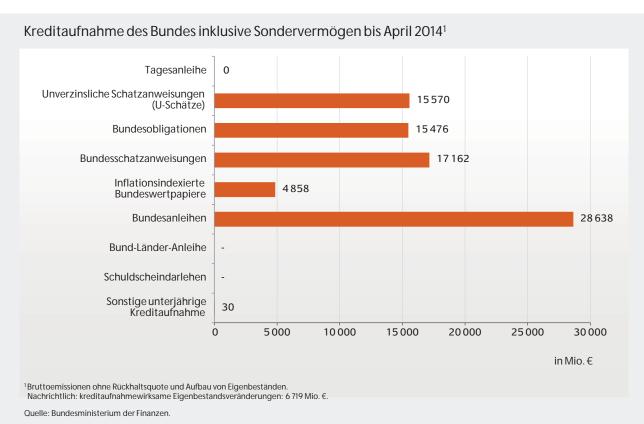
auf - 0,10 % jeweils mit Wirkung vom 11. Juni 2014 zu senken.

Der deutsche Aktienindex (DAX) betrug 9 943 Punkte am 30. Mai (9 603 Punkte am 30. April). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 198 Punkten am 30. April auf 3 245 Punkte am 30. Mai.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April bei 0,8 % nach 1,0 % im März und 1,3 % im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Februar bis April 2014 bei 1,0 %, verglichen mit 1,1 % in der Zeit von Januar bis März 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Euroraum belief sich im Monat April auf - 2,5 % und veränderte sich damit gegenüber März nicht. In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,21% im April gegenüber 0,05 % im März.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

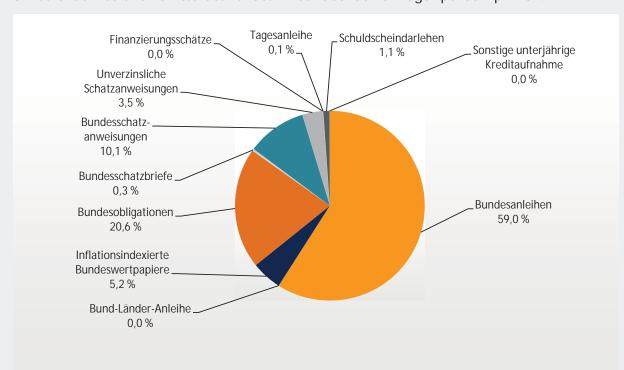
Im April 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 81,7 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 70,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 5,0 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 6,7 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 98,2 Mrd. € (davon 85,6 Mrd. € Tilgungen und 12,6 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 16,5 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 81,7 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und des Finanzmarktstabilisierungsfonds im Umfang von 1,9 Mrd. € eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 1,8 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 30. April 2014



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1145,2 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 40,0 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen konnen dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
		in Mrd. €											
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-									-
Anleihen	24,0	-	-	-									24,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0									19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-									15,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0									26,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1									0,5
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0									-
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0									0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0									0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-									1,0
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0									-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,3	22,1	25,2									85,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen	9,4	1,0	-0,1	2,3									12,6
Entschädigungsfonds													

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141687 WKN 114168	Aufstockung	2. April 2014	5 Jahre/fällig 22. Februar 2019 Zinslaufbeginn 17. Januar 2014 erster Zinstermin 22. Februar 2015	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137453 WKN113745	Aufstockung	9. April 2014	2 Jahre/fällig 11. März 2016 Zinslaufbeginn 14. Februar 2014 erster Zinstermin 11. März 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102333 WKN 110233	Aufstockung	16. April 2014	10 Jahre/fällig 15. Februar 2014 Zinslaufbeginn 31. Januar 2014 erster Zinstermin 15. Februar 2015	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Neuemission	7. Mai 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN 113746	Neuemission	14. Mai 2014	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015	5 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Neuemission	21. Mai 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	ca. 5 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	4. Juni 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN 113746	Aufstockung	11. Juni 2014	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Aufstockung	18. Juni 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	ca. 5 Mrd. €	
			2. Quartal 2014 insgesamt	ca. 41 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119220 WKN 111922	Neuemission	14. April 2014	6 Monate/fällig 15. Oktober 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119238 WKN 1119923	Neuemission	28. April 2014	12 Monate/fällig 29. April 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119246 WKN 111924	Neuemission	12. Mai 2014	6 Monate/fällig 12. November 2014	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119253 WKN 111925	Neuemission	26. Mai 2014	12 Monate/fällig 20. Mai 2015	ca. 2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119261 WKN 111926	Neuemission	16. Juni 2014	6 Monate/fällig 10. Dezember 2014	ca. 2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119279 WKN 111927	Neuemission	23. Juni 2014	12 Monate/fällig 24. Juni 2015	ca. 2 Mrd. €	
			2. Quartal 2014 insgesamt	ca. 12 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Neuemission	8. April 2014	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn: 10. Apri 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	10 - 14 Mrd. €	2 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	13. Mai 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2014	10 - 14 Mrd. €	1Mrd.€
			2. Quartal 2014 insgesamt	davon 3 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

26./27. Juni 2014	Europäischer Rat in Brüssel
7./8. Juli 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
11./12. September 2014	ASEM-Finanzministertreffen in Mailand
12./13. September 2014	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Mailand
20./21. September 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Cairns/Australien
9./10. Oktober 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
11./12. Oktober 2014	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
13./14. Oktober 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
23./24. Oktober 2014	Europäischer Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2014

12. März 2014	Kabinettbeschluss zum 2. Entwurf Bundeshaushalt 2014
21. März 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
8 11. April 2014	1. Lesung Bundestag
11. April 2014	1. Durchgang Bundesrat
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
24 27. Juni 2014	2./3. Lesung Bundestag
11. Juli 2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Juli 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Durchgang Bundesrat
4 6. November 2014	Steuerschätzung in Mecklenburg-Vorpommern
25 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014	
August 2014	Juli 2014	22. August 2014	
September 2014	August 2014	22. September 2014	
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014	
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014	
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014	

 $^{^{1}} Nach \, IWF-Special \, Data \, Dissemination \, Standard \, (SDDS), \, siehe \, http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	51
1	Kreditmarktmittel	51
2	Gewährleistungen	52
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	55
5	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den	
	Haushaltsjahren 2009 bis 2014	58
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen	
	und Funktionen, Regierungsentwurf 2014	60
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	64
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	68
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	70
12	Entwicklung der Staatsquote	71
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	75
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	76
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	77
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	79
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	81
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	82
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	82
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	02
_	des Bundes bis April 2014	83
3	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	der Länder bis April 2014	85

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung}$

Gesa	amtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	89
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	90
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum	
	preisbereinigten Potenzialwachstum	92
4	Bruttoinlandsprodukt	93
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	95
6	Kapitalstock und Investitionen	99
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	100
8	Preise und Löhne	101
Kenı	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	103
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	103
2	Preisentwicklung	104
3	Außenwirtschaft	105
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	107
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	108
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	109
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	111
Abb.	3	112
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu	
	BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	113
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu	
	Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	117

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. März 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. April 2014					
Gliederung nach Schuldenarten									
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	57 000	2 000	-	59 000					
Anleihen ¹	672 000	4 000	-	676 000					
Bund-Länder-Anleihe	405	-	-	405					
Bundesobligationen	252 000	3 000	19 000	236 000					
Bundesschatzbriefe ²	4130	-	127	4 003					
Bundesschatzanweisungen	112 000	4 000	-	116 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	41 971	3 996	5 999	39 967					
Finanzierungsschätze ³	20	-	4	16					
Tagesanleihe	1314	0	19	1 296					
Schuldscheindarlehen	12 222	-	11	12 212					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	318	-	-	318					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 153 381			1 145 216					

	Stand: 31. März 2014			Stand: 30. April 2014				
Gliederung nach Restlaufzeiten								
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	205 708			203 663				
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	355 628			370 577				
langfristig (mehr als 4 Jahre)	592 045			570 976				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 153 381			1 145 216				

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2014	Belegung am 31. März 2013
		in Mrd. €	
Ausfuhren	145,0	135,1	128,7
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	43,8	42,1
FZ-Vorhaben	12,5	6,5	4,9
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,2	108,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,4	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governn	nent Operations						
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme				
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing				
		in Mio. €/€ m									
2014	Dezember	-	-	-	-	-	-				
	November	-	-	-	-	-	-				
	Oktober	-	-	-	-	-	-				
	September	-	-	-	-	-	-				
	August	-	-	-	-	-	-				
	Juli	-	-	-	-	-	-				
	Juni	-	-	-	-	-	-				
	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322				
	April	103 067	84896	-18 139	-28 185	- 18	10 028				
	März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040				
	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179				
	Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534				
	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072				
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144				
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075				
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245				
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050				
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954				
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367				
	Mai	128 869	103 903	-24939	-22 699	64	-2 176				
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213				
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780				
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	- 128	168				
	Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222				
	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480				
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749				
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178				
	September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697				
	August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379				
	Juli	184344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408				
	Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515				
	Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195				
		108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298				
	April	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406				
	März	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254				
	Februar Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	- 123	-250				

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financi market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
April	107 094	74930	-32 137	-2388	-38	-29 788
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	- 93	-31 633
Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			(Central Government D	ebt		
		Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	Carriibalalatrussaa	
			Outstar	nding debt		Gewährleistunger	
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
			in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
2014	Dezember	-	-	-	-	-	
	November	-	-	-	-	-	
	Oktober	-	-	-	-	-	
	September	-	-	-	-	-	
	August	-	-	-	-	-	
	Juli	-	-	-	-	-	
	Juni	-	-	-	-	-	
	Mai	-	-	-	-	-	
	April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	
	März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	462	
	Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	_	
	Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	_	
2013	Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	457	
2010	November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	_	
	Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-	
	September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
	·	207 355	371 083	572 836	1 151 273	_	
	August Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	_	
		205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
	Juni	207 541	377 104	562 867	1 147 512		
	Mai	204 592	372 173	551 886	1 128 651	_	
	April	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	
	März	219 648	378 264	549 986	1 147 897	412	
	Februar .	219 615	357 434	554 028	1 131 078		
2010	Januar			563 082		470	
2012	Dezember	219 752	356 500		1 139 334	470	
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	500	
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		(Central Government [Debt		
	Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	zeiten	Gewährleistungen	
		Outsta	nding debt		Gewarineistungen	
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	
August	237 224	357519	534 543	1 129 286	-	
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	
Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-	
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	
Februar	234 948	362 885	514 604	1112437	-	
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	
2010 Dezember	234986	335 073	534 991	1 105 505	343	
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-	
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-	
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336	
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-	
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-	
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335	
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-	
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579		
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311	
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-	
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268		

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	lst	Regierungs entwurf ¹
			Mr	d.€		
1. Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-3,0
2. Einnahmen ²	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+2,2
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 4,8	- 0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	-17,7	-22,8	-22,3	-6,7
in % der Ausgaben	11,8	14,6	6,0	7,4	7,3	2,2
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	269,0	288,2	274,2	245,2	238,6	204,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	5,0	3,1	9,9	7,9	2,6
6. Tilgungen (+)	228,5	239,2	260,0	232,6	224,4	200,1
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	17,3	22,5	22,1	6,5
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	- 3,8	-2,7	+43,0	-7,8	- 10,0
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: März 2014.

¹ Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $^{^3\,\}mbox{Nach Ber\"{u}cksichtigung}$ der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart			Ist			Regierungs- entwurf ¹
			in Mid	o. €		Cittwaii
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 856	28 046	28 575	28 539
Aktivitätsbezüge	20977	21 117	20702	20 619	20938	20 749
Ziviler Bereich	9 269	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	10 604
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145
Versorgung	6 962	7 079	7 154	7 427	7 637	7 789
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 472	2 538	2 619	2 695
Militärischer Bereich	4 500	4 620	4 682	4889	5 018	5 0 9 4
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	21 946	23 703	23 152	24 287
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 545	1384	1 453	1 288
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 137	10287	8 550	9 9 9 1
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10 264	12 033	13 148	13 007
Zinsausgaben	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
an andere Bereiche	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
Sonstige	38 099	33 108	32 800	30 487	31 302	28 840
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	32 759	30 446	31 261	28 798
an Ausland	3	8	-0	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	187 554	187 734	190 781	187 060
an Verwaltungen	14396	14114	15 930	17 090	27 273	20617
Länder	8 754	8 579	10642	11 529	13 435	13 969
Gemeinden	18	17	12	8	8	7
Sondervermögen	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 640
Zweckverbände	1	1	1	1	0	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	171 624	170 644	163 508	166 443
Unternehmen	22 951	24212	23 882	24 225	25 024	26 453
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	26718	26 307	27 055	27 779
an Sozialversicherung	105 130	120 831	115398	113 424	103 693	104 331
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 665	1 668	1 656	1 892
an Ausland	3 858	4216	3 958	5 017	6 0 7 5	5 986
an Sonstige	5	3	2	2	5	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	270 156	269 971	273 811	268 725

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart			Ist			Regierungs
			in Mi	0.€		entwurf ¹
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809
Baumaßnahmen	6830	6 242	5814	6 147	6 2 6 4	6 280
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	869	983	1 020	989
Grunderwerb	643	503	492	629	611	541
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	15 284	16 005	15 327	16 886
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14944	14589	15 524	14772	16 258
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4 802
Länder	5 804	5 142	5 178	5 152	4873	4736
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	65	56	52	66
Sondervermögen	-	-	-	581	-	1
an andere Bereiche	9 338	9 735	9 3 4 6	9 735	9 848	11 456
Sonstige - Inland	6 462	6 599	6 060	6234	6 3 9 3	6308
Ausland	2 876	3 136	3 287	3 501	3 455	5 148
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	695	480	555	628
an andere Bereiche	429	406	695	480	555	628
Unternehmen – Inland	0	0	260	4	7	30
Sonstige - Inland	148	137	123	129	141	134
Ausland	282	269	311	348	406	464
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	3 613	13 040	10 810	6 080
Darlehensgewährung	2 490	2 663	2 825	2 736	2 032	1 594
an Verwaltungen	1	1	1	1	0	1
Länder	1	1	1	1	0	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	2 825	2 735	2 032	1 593
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	1 115	1 070	597	1 205
Ausland	1 618	1 587	1 710	1 666	1 435	388
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	788	10304	8 778	4486
Inland	13	13	0	0	91	143
Ausland	905	797	788	10 304	8 687	4 3 4 3
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	26 483	26 072	36 804	34 032	30 775
Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	25 378	36324	33 477	30 148
Globale Mehr-/Minderausgaben	0		-	-	-	-1 000
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	296 228	306 775	307 843	298 500

¹Stand: Kabinettsbeschluss vom 12. März 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender		Laufende
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 404	59 480	25 060	19 664	-	14 756
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 780	13 486	3 801	1 606	-	8 079
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 445	5 529	549	199	-	4780
03	Verteidigung	32 366	32 175	15 239	15 838	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4350	3 971	2 483	1218	-	269
05	Rechtsschutz	476	443	270	132	-	41
06	Finanzverwaltung	3 987	3 877	2716	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 185	15 910	516	952	-	14 443
13	Hochschulen	4945	3 950	12	10	-	3 929
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 658	2 657	-	-	-	2 657
15	Sonstiges Bildungswesen	260	191	10	67	-	114
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 638	8 556	493	866	-	7 197
19	Übrige Bereiche aus 1	684	557	1	10	-	546
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 162	147 558	180	253	-	147 124
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 701	99 701	36	-	-	99 665
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7368	7 3 6 8	-	-	-	7368
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 299	1 826	-	3	-	1823
25	Arbeitsmarktpolitik	31 679	31 561	1	79	-	31 481
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	353	350	-	25	-	325
29	Übrige Bereiche aus 2	6 762	6 752	143	146	-	6 463
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 006	1 138	355	457	-	326
31	Gesundheitswesen	599	533	207	238	-	88
32	Sport und Erholung	135	119	-	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	668	308	89	157	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	178	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 182	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 670	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	-		-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	954	536	15	220	-	301
52	Landwirtschaft und Ernährung	926	509	-	211	-	298
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	133	133	-	103	-	30
529	Übrige Bereiche aus 52	793	377	-	108	-	268
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

Funktion	Augushangruppa	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
	Ausgabengruppe	996	4 195	4 732	9 924	9 908
0 01	Allgemeine Dienste	237	4 193 57	4 /32	294	294
02	Politische Führung und zentrale Verwaltung	123	4061	4732	8 9 1 6	8 9 1 5
	Auswärtige Angelegenheiten	141	50	4732	191	176
03 04	Verteidigung Öffentliche Sicherheit und Ordnung	352	27	_	380	380
05	Öffentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz	33	- 21	_	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle					
1	Angelegenheiten	140	3 135	-	3 275	3 275
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	1	-	1	1
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 944	-	2 082	2 082
19	Übrige Bereiche aus 1	1	127	-	128	128
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 359	4	1 363	1 363
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	857	4	861	861
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	417	1	418	418
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	417	417
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52		416	1	417	417
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	_	1	1

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 395	2 454	68	422	-	1 965
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	343	291	-	35	-	256
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 305	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	10	-	9	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 415	4 069	1 019	1 953	-	1 098
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 287	1 836	413	741	-	683
8	Finanzwirtschaft	35 798	36 760	1 327	353	28 840	6 240
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 585	5 585	-	-	-	5 585
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	28 843	28 843	-	3	28 840	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	- 250	750	750	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	351	351	-	350	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	298 500	268 725	28 539	24 287	28 840	187 060

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2014¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6	731	596	1 333	1 326
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	21	-	21	21
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	25	-	25	25
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	39	-	39	39
65	Handel und Tourismus	-	0	-	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	-	7	0	8	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	8	596	604	604
69	Regionale Fördermaßnahmen	4	631	-	635	635
699	Übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 304	5 984	85	12 373	12 373
72	Straßen	4 795	1 398	-	6 193	6 193
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	699	-	-	699	699
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4516	-	4516	4516
75	Luftfahrt	1	-	85	86	86
799	Übrige Bereiche aus 7	809	70	-	878	878
8	Finanzwirtschaft	-	38	0	39	39
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	Iller Hauptfunktionen	7 895	15 327	10 810	34 032	33 477

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
				ı	st-Ergebniss	ie			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	-24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	-27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-		-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
öffentlichen Gesamthaushalts ²									
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	-1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	- 3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Limient	2001	2000		ebnisse	2011	2012	2013	Regierungs-
				ist-Lig	CDITISSE				entwurf ¹
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	298,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,1	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-3,0
Einnahmen	Mrd. €	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	291,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,0	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	2,2
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	-22,1	- 6,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,4	- 0,3	-0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-		-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-		-		-	-
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	W %	- 1,3	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	-0,1
	%								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Personalausgaben des	70	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,6
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	14,8	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,8	
Zinsausgaben	Mrd. €	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	28,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,6	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 7,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,7
Anteil an den Zinsausgaben des							44.0		
öffentl. Gesamthaushalts ²	%	58,6	59,7	61,0	57,2	42,4	44,8	46,1	
Investive Ausgaben	Mrd. €	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	30,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,3	- 7,2	11,5	- 3,8	-2,7	43,1	- 7,8	- 9,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben	%	39,9	37,1	27,8	30,2	27,7	39,5	36,6	
des öffentlichen Gesamthaushalts ²									
Steuereinnahmen ³	Mrd. €	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	21,0	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,5	3,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,1
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,2
Anteil am gesamten	%	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	
Steueraufkommen ⁴	Mrd. €	142	11.5	241	44.0	17.2	22.5	22.1	6.5
Nettokreditaufnahme		- 14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	- 17,3	-22,5	- 22,1	- 6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,6
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	-2 254,1	-111,2	-38,0	- 55,9	- 67,0	- 83,4	- 148,5	
öffentlichen Gesamthaushalts ²									_
nachrichtlich: Schuldenstand ²	Mark	1.550.4	1 577 0	1.00.4.4	20117	2025 4	2002 2		
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	•	
darunter: Bund	Mrd. €	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	•	

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 12. März 2014.

² Stand Dezember 2013; 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

³ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

⁴ Ab 1991 Gesamtdeutschland.

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,5	779,7	786,7
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	750,1	751,3	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-27,3	-28,2	-14,1
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	291,7	306,4
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-7,5	-2,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,8
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,9
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	307,1	313,9	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-12,4	-7,4	-0,6
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,5	0,3	0,9
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,4	0,2	2,8
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	1,8	5,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	6,0
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	8,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,6
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,7
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: April 2014

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
	inconcernt.		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen				
	incaccomt		dav	on			
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in	%		
		Bundesrepubli	k Deutschland				
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9		
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0		
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1		
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5		
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2		
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6		
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5		
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4		
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3		
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6		
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8		
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7		
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4		
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3		
2014 ²	639,9	332,3	307,6	51,9	48,1		
2015 ²	666,6	351,1	315,5	52,7	47,3		
2016 ²	690,6	368,2	322,4	53,3	46,7		
2017 ²	712,4	384,4	328,1	54,0	46,0		
2018 ²	738,5	403,4	335,1	54,6	45,4		

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1976); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2014.

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen G	esamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzstat	tistik ³
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrag quote
Jahr			in Relation :	zum BIP in %		
1960	33,4	23,0	10,3			
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,2	17
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16
2006	39,5	22,2	17,3	37,4	21,1	16
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15
2008	39,7	23,1	16,5	38,2	22,7	15
2009	40,4	23,1	17,3	38,2	22,1	16
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15
2011	39,5	22,7	16,8	37,6	22,0	15
2012	40,0	23,2	16,8	38,3	22,5	15
2013	40,0	23,2	16,8	38,4	22,6	15

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates								
lab.		darunter							
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³						
		in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	11,2						
1965	37,1	25,4	11,6						
1970	38,5	26,1	12,4						
1975	48,8	31,2	17,7						
1980	46,9	29,6	17,3						
1985	45,2	27,8	17,4						
1990	43,6	27,3	16,4						
1991	46,2	28,2	18,0						
1992	47,1	27,9	19,2						
1993	48,1	28,2	19,9						
1994	48,0	28,0	20,0						
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6						
1995	54,9	34,3	20,6						
1996	49,1	27,6	21,4						
1997	48,2	27,0	21,2						
1998	48,0	26,9	21,1						
1999	48,2	27,0	21,3						
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2						
2000	45,1	23,9	21,2						
2001	47,6	26,3	21,4						
2002	47,9	26,2	21,7						
2003	48,5	26,4	22,0						
2004	47,1	25,8	21,3						
2005	46,9	26,0	20,9						
2006	45,3	25,4	19,9						
2007	43,5	24,5	19,0						
2008	44,1	25,0	19,1						
2009	48,3	27,2	21,1						
2010	47,9	27,5	20,3						
2011	45,2	25,7	19,5						
2012	44,7	25,3	19,4						
2013	44,5	25,0	19,5						

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 ² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 ² 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26749	1754
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 89
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-		-	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			S	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte		-	-	-	-	-	53
KreditmarktmitteliwS		-	-	-	-	-	53
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
Extrahaushalte		-	-	-		-	36
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	-	-	36
Kassenkredite		-	-	-	-	-	
			Anteila	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-		-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetziche Sozialversicherung		-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5
			Schu	ulden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.\\$

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik ¹

	2010	2011	2012
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \,\, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3 \,} Zweck verbände \, des \, Staatssektors \, unabhängig \, von \, der \, Art \, des \, Rechnungs wesens.$

 $^{^4\,\}text{Nur}\,\text{Extrahaushalte}\,\text{der}\,\text{gesetzlichen}\,\text{Sozialversicherung}\,\text{unter}\,\text{Bundesaufsicht}.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun		Abgrenzung de	r Finanzstatistik			
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt ³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	า %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4	-	-
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-47,3	-2,3
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-65,5	-3,1
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,0	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,5	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	5,2	-1,1	6,6	0,2	0,0	0,2	-14,1	-0,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,8	-3,8	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	-2,5	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,0	-5,2	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,9	-9,6	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0	
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-30,6	-13,1	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2	
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,7	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,2	-3,5	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,2	0,0	0,1	-0,2	-1,4	
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-3,5	-2,7	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5	
Slowakei	-	-	0,0	-3,4	-12,3	-2,8	-7,5	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,4	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,9	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,8	-5,1	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,5	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-10,0	-7,6	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-12,0	-10,6	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-8,3	-8,8	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	

 $^{^1\}mbox{F\"ur}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land		in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	78,4	76,0	73,6		
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	96,6	99,2	101,1	101,5	101,7	101,5		
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,8	9,6		
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,8	49,3	53,6	57,0	59,9	61,2		
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	82,7	86,2	90,6	93,5	95,6	96,6		
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	148,3	170,3	157,2	175,1	177,2	172,4		
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	91,2	104,1	117,4	123,7	121,0	120,4		
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	119,3	120,7	127,0	132,6	135,2	133,9		
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,5	42,0	40,8	38,1	39,5	33,4		
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	23,1	23,4	25,5		
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,0	68,8	70,8	73,0	72,5	71,1		
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	73,5	73,8	73,4		
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2		
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	129,0	126,7	124,8		
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,6	52,7	55,4	56,3	57,8		
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,0	71,7	80,4	81,3		
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	93,9	100,2	103,8		
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	111,7	122,2	126,4		
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	85,7	88,1	92,7	95,0	96,0	95,4		
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,4	18,9	23,1	22,7		
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,8	46,4	45,4	44,5	43,5	44,9		
Kroatien	-	-	-	-	-	-	45,0	52,0	55,9	67,1	69,0	69,2		
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,4	41,8	41,4		
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	57,0	49,2	50,0		
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	38,0	38,4	39,9	40,1		
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,3	40,6	41,6	40,4		
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	46,0	44,4	45,8		
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	79,2	80,3	79,5		
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	78,4	84,3	89,1	90,6	91,8	92,7		
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	80,1	83,0	86,8	88,9	89,5	89,2		
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	229,8	86,8	88,9	89,5	89,2		
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	94,8	99,0	102,4	104,5	105,9	105,4		

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond		Steuern in % des BIP												
Land -	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2			
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8			
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1			
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0			
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3			
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1			
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2			
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9			
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-			
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9			
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8			
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-			
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6			
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3			
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-			
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5			
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0			
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1			
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1			
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2			
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1			
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9			
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2			
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4			
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9			

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleichbar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3\,1970\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lorent				Ç	Steuern und S	Sozialabgabe	en in % des Bl	Р			
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

		Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
Land	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland ¹	43,6	54,9	45,1	46,9	45,3	43,5	44,1	48,3	47,9	45,2	44,7	44,7	44,6	44,5
Belgien	52,2	52,1	49,0	51,7	48,4	48,2	49,7	53,7	52,5	53,4	55,0	54,6	53,9	54,2
Estland	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,0	39,7	44,8	40,5	37,6	39,5	38,3	38,5	38,2
Finnland	48,2	61,5	48,3	50,2	49,1	47,4	49,2	55,9	55,5	54,8	56,3	58,1	58,6	58,3
Frankreich	49,6	54,4	51,7	53,5	52,9	52,6	53,3	56,7	56,5	55,9	56,7	57,0	56,8	56,1
Griechenland	45,2	46,2	47,1	44,4	45,1	47,2	50,5	54,0	51,3	51,8	53,3	58,5	47,4	45,5
Irland	42,3	40,9	31,2	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	65,5	47,2	42,7	43,1	40,5	39,4
Italien	52,6	52,2	45,8	47,9	48,5	47,7	48,6	52,0	50,6	49,8	50,7	50,8	50,3	49,8
Lettland	31,5	38,4	37,6	35,8	38,3	36,0	39,1	43,7	43,5	38,4	36,4	36,1	35,3	34,3
Luxemburg	37,8	39,7	37,6	41,5	38,6	36,3	39,1	45,2	43,5	42,6	43,9	43,5	43,1	44,0
Malta	-	38,5	39,5	43,6	43,2	41,8	43,3	42,5	41,2	41,3	43,1	43,9	44,1	43,8
Niederlande	54,9	56,4	44,2	44,8	45,5	45,2	46,2	51,4	51,4	49,9	50,5	49,9	49,8	49,5
Österreich	51,5	56,2	51,8	49,9	49,0	48,5	49,3	52,6	52,8	50,8	51,6	51,2	52,4	50,9
Portugal	38,5	41,9	41,6	46,6	45,2	44,3	44,7	49,7	51,5	49,3	47,4	48,6	47,1	45,6
Slowakei	-	48,6	52,1	38,0	36,5	34,2	34,9	41,6	39,8	38,9	38,2	38,7	38,0	37,5
Slowenien	-	52,3	46,5	45,1	44,3	42,3	44,1	48,7	49,5	49,9	48,4	59,4	49,5	47,4
Spanien	-	44,5	39,2	38,4	38,3	39,2	41,4	46,2	46,3	45,7	47,8	44,9	43,8	43,0
Zypern	-	33,4	37,1	43,1	42,6	41,3	42,1	46,2	46,2	46,3	45,8	45,8	47,1	46,1
Bulgarien	-	45,6	41,3	37,3	34,4	39,2	38,4	41,4	37,4	35,6	35,8	38,7	39,4	39,5
Dänemark	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,6	58,0	57,5	57,5	59,2	57,0	56,8	55,8
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-	46,1	46,9	48,1	45,7	45,9	46,8	46,6
Litauen	-	34,4	39,8	34,0	34,2	35,3	37,9	44,9	42,2	38,7	36,0	34,4	34,2	33,3
Polen	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,6	45,4	43,4	42,2	41,9	41,3	41,2
Rumänien	-	34,1	38,6	33,6	35,5	38,2	39,3	41,1	40,1	39,4	36,7	35,0	34,8	34,7
Schweden	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,7	52,0	51,3	51,8	52,6	52,2	51,3
Tschechien	-	53,0	41,6	43,0	42,0	41,0	41,2	44,7	43,8	43,2	44,5	42,4	42,5	42,6
Ungarn	-	55,8	47,7	50,1	52,1	50,7	49,3	51,5	49,9	50,0	48,6	49,8	50,2	49,3
Vereinigtes Königreich	40,7	43,0	36,4	43,4	43,6	43,3	47,1	50,9	49,9	48,0	48,1	47,1	45,6	44,3
Euroraum ²	_	53,0	46,1	47,3	46,6	46,0	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,8	49,2	48,7
EU-28	_	-	_	-	_	-	_	51,0	50,6	49,0	49,4	49,1	48,4	47,7
USA	37,0	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,0	38,8	38,3	38,3
Japan	31,1	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,5	42,3	41,7

¹1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

 $^{^2} Einschließlich \, Lettland.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Haush	nalt 2013			EU-Hau	shalt 2014	
	Verpflichtungen		Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
-	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	- 892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	-25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	- 46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

 $Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan\,Nr.\,8/2013.$

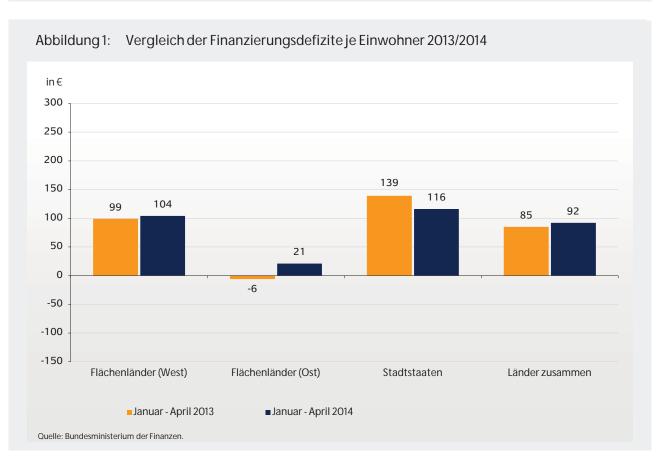
 $2014: Verabschiedeter\, Haushalt,\, Ratsdokument\, 16106/13\, ADD\, 1.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	taaten	Länder zu:	sammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	
		in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	223 894	70 685	53 217	16 600	38 475	12 422	308 853	97 345	
darunter:									
Steuereinnahmen	175 705	54956	31 099	10 057	24635	7 745	231 439	72 758	
Übrige Einnahmen	48 189	15 729	22 117	6 5 4 3	13 841	4 677	77 414	24588	
Bereinigte Ausgaben	231 997	77 185	54 119	16 859	39 158	13 095	318 541	104 778	
darunter:									
Personalausgaben	89 803	31 241	13 471	4 4 3 6	11 547	4 2 3 3	114821	39 909	
Laufender Sachaufwand	15 072	4 5 9 3	3 907	1 165	8 806	2 688	27784	8 446	
Zinsausgaben	12 222	5 5 7 0	2 445	912	3 734	1 286	18 400	7 7 6 8	
Sachinvestitionen	4389	811	1 739	273	909	139	7 037	1 223	
Zahlungen an Verwaltungen	69 481	21 507	19018	6180	818	436	82 584	25 762	
Übrige Ausgaben	110512	13 464	32 557	3 893	14 162	4315	150 499	21 67	
Finanzierungssaldo	-8 104	-6 500	-902	- 259	- 673	- 674	-9 679	-7 433	



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2014

						in Mio. €				
			April 2013			März 2014			April 2014	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	83 276	94 152	170 895	63 166	76 920	135 202	84 896	97 345	175 73
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	81 196	90 034	171 230	62 792	74 079	136870	84 276	92 864	177 13
111	Steuereinnahmen	74740	70 037	144 778	56 706	57 742	114 448	76 290	72 758	149 04
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	609	15 450	16 060	659	13 713	14372	886	16310	17 19
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	547	547	-	752	752	-	865	86
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 080	4117	6 198	375	2 842	3 2 1 6	621	4482	5 10
121	Veräußerungserlöse	1 456	137	1 592	55	279	335	154	733	88
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 391	69	1 460	8	220	228	93	664	75
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	287	2 408	2 695	180	1 461	1 642	185	2 3 2 6	2 51
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	104 661	101 016	199 144	80 119	80 948	156 183	103 067	104 778	201 33
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	98 922	94 357	193 280	75 999	75 188	151 187	97 125	97 409	194 53
211	Personalausgaben	10 149	38 505	48 654	7 835	30 784	38 619	10 157	39 909	50 06
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 0 1 4	11 423	14437	2 3 9 4	9 422	11816	3 071	12 148	15 21
212	Laufender Sachaufwand	6078	8 599	14677	4031	6 2 6 8	10 299	5 778	8 446	14 22
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 672	5 486	9 158	2 672	4 252	6924	3 579	5 749	9 32
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 425	8 431	23 856	10 385	6 003	16387	12386	7 7 6 8	20 15
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 593	21 381	26 975	4 642	18 420	23 062	5816	23 089	28 90
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	38	38	-	18	18	-	192	19
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2	19 960	19 963	3	17 222	17 225	3	21 365	21 36
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	5 738	6 659	12 398	4120	5 760	9880	5 942	7 3 7 0	13 31
221	Sachinvestitionen	1 063	1 179	2 242	825	814	1 639	1 298	1 223	2 52
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 562	2 383	3 945	867	1 667	2 535	1 541	2 673	421
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	5 526	6397	11 923	3 977	5 420	9 3 9 7	5 704	7018	12 72

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2014

		in Mio. €								
			April 2013		I	März 2014			April 2014	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 21 371 ²	-6 865	-28 236	-16 936 ²	-4 028	-20 963	-18 139 ²	-7 433	-25 57
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	80 402	29 774	110 176	44 821	16 403	61 224	66 507	23 129	89 63
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	93 615	43 955	137 571	51 861	31 531	83 392	76 535	43 792	12032
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-13 213	-14 182	-27 395	-7 040	-15 129	-22 168	-10 028	-20 662	-30 69
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	18 345	7 983	26 328	-5 483	3 745	-1 738	9 287	9 151	18 43
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 551	16 551	-	15 952	15 952	-	17 585	17 58
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-18 343	-10 343	-28 686	5 484	- 23	5 461	-9 285	-11 147	-20 43

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 823	15 843	3 102	6 608	2 272	8 421	18 000	4 431	1 015
11	Einnahmen der laufenden Rechung	13 076	15 367	2 966	6 419	2 084	7 925	17414	4 2 4 5	987
111	Steuereinnahmen	10 244	12 660	1 931	5 238	1310	6 3 9 7	14306	3 098	818
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 107	1 412	809	793	662	820	2 282	839	134
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	169	-	-	1	52	29	15
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	129	-	154	51	133	57	42
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	746	475	136	189	188	496	586	186	27
121	Veräußerungserlöse	406	0	4	3	1	214	4	39	2
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	214	0	38	1
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	275	365	82	180	53	237	378	74	21
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 721	16 048 a	3 242	7 730	2 305	8 792	20 889	5 491	1 466
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 864	14918 a	2 963	7 229	2 094	8 403	19 196	5 091	1 373
211	Personalausgaben	6 038	7 451	889	2 8 4 5	593	3 463 ²	7 287 ²	2 201	561
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1 988	2 248	90	967	44	1 175	2 601	739	229
212	Laufender Sachaufwand	655	1 131	188	557	157	494	1 155	376	58
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	571	908	162	452	132	426	852	303	51
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	898	493 ^a	141	683	122	719	1 584	575	285
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 453	4374	1 200	2 017	759	2 329	5 324	1 257	198
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	898	1 445	-	534	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 523	2889	1016	1 382	647	2 213	5 2 5 7	1 230	196
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	857	1 130	280	502	211	389	1 693	401	93
221	Sachinvestitionen	177	339	16	142	38	41	63	18	9
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	366	417	88	246	109	63	629	122	18
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	844	1 066	279	472	211	389	1 620	387	87

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	102	- 205 b	- 140	-1 123	- 33	- 371	-2 890	-1 061	- 452
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	2 642	1 431 °	285	-	125	2 091	3 754	2 600	732
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 588	2 390 °	1 872	2 333	770	5 032	6 050	5 946	707
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4946	- 959	-1 587	-2 333	- 645	-2 941	-2 296	-3 346	25
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 299	-	320	1 520	1 120	211
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 253	1 576	16	1 484	607	2 523	2 845	2	237
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 027	11	-712	-1 971	129	-1 393	-1 730	-1 120	- 191

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 199,7 Mio. \in , b -199,7 Mio. \in , c 92,0 Mio. \in

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	5 399	2 956	2 870	2 870	7 440	1 305	3 677	97 345
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	4 792	2 785	2 784	2 752	7 067	1 264	3 621	92 864
111	Steuereinnahmen	3 209	1 739	2 196	1 868	4 196	685	2864	72 758
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1400	863	404	772	2 164	422	428	16310
1121	darunter: Allgemeine BEZ	97	56	21	53	276	48	49	865
1122	Länderfinanzausgleich ¹	382	182	40	173	1 028	255	59	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	607	172	86	118	373	41	55	4 482
121	Veräußerungserlöse	0	1	2	6	50	-	3	733
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	4	0	-	-	664
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	220	109	58	83	122	34	38	2 3 2 6
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 042	3 235	3 372	3 035	7 651	1 770	3 675	104 778
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4 499	3 0 1 0	3 280	2 793	7312	1 568	3 502	97 409
211	Personalausgaben	1 362	799	1 393	793	2 616	489	1128	39 909
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	94	73	509	63	709	169	451	12 148
212	Laufender Sachaufwand	298	346	169	175	1 827	269	592	8 446
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	221	91	145	122	746	116	453	5 749
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	130	287	334	232	745	260	281	7768
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 617	943	992	1 088	114	47	63	23 089
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	192
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 356	768	929	949	2	4	3	21 365
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	543	225	91	242	338	202	173	7 3 7 0
221	Sachinvestitionen	125	37	22	56	60	11	68	1 223
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	214	80	26	82	58	132	23	2 673
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	543	225	90	242	289	99	173	7 018

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	357	- 279	- 502	- 165	- 211	- 465	2	-7 433
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	1 881	788	490	1 885	2 9 1 5	1510	23 129
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	430	2 062	1 149	322	2 639	3 412	1 091	43 792
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 430	- 181	- 361	168	- 754	- 497	419	-20 662
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 051	-	-	108	1 054	467	9 151
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 3 0 5	82	-	100	454	621	1 480	17 585
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 053	- 853	340	- 99	- 899	421	-11 147

 $^{^1} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

² Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 199,7 Mio. \in , b -199,7 Mio. \in , c 92,0 Mio. \in

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 15. April 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc. europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen

- Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.
- 6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

(http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-desbundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		Budgetserniesiastizität	in Mrd. € (nominal)
2014	2 857,7	2 834,5	-23,2	0,210	-4,9
2015	2 949,0	2 941,1	-8,0	0,210	-1,7
2016	3 039,0	3 032,3	-6,7	0,210	-1,4
2017	3 129,2	3 126,3	-2,9	0,210	-0,6
2018	3 223,2	3 223,2	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3	
1981	1 414,5	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,5	0,6	
1982	1 443,4	+2,0	949,4	+6,7	-25,8	-1,8	-17,0	-1,8	
1983	1 472,5	+2,0	995,7	+4,9	-32,6	-2,2	-22,0	-2,2	
1984	1 502,7	+2,1	1 036,3	+4,1	-22,2	-1,5	-15,3	-1,5	
1985	1 533,8	+2,1	1 080,2	+4,2	-18,8	-1,2	-13,2	-1,2	
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2	
1987	1 604,8	+2,3	1 179,0	+3,6	-33,4	-2,1	-24,5	-2,1	
1988	1 644,3	+2,5	1 228,5	+4,2	-14,6	-0,9	-10,9	-0,9	
1989	1 689,5	+2,7	1 298,6	+5,7	3,7	0,2	2,8	0,2	
1990	1 739,1	+2,9	1 382,1	+6,4	43,0	2,5	34,2	2,5	
1991	1 791,8	+3,0	1 468,0	+6,2	81,3	4,5	66,6	4,5	
1992	1 845,9	+3,0	1 593,9	+8,6	63,1	3,4	54,5	3,4	
1993	1 894,2	+2,6	1 700,8	+6,7	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2	
1994	1 934,1	+2,1	1 779,9	+4,6	2,5	0,1	2,3	0,1	
1995	1 968,9	+1,8	1 848,3	+3,8	0,2	0,0	0,2	0,0	
1996	2 000,6	+1,6	1 890,1	+2,3	-16,0	-0,8	-15,1	-0,8	
1997	2 030,6	+1,5	1 923,5	+1,8	-11,5	-0,6	-10,9	-0,6	
1998	2 060,6	+1,5	1 963,4	+2,1	-3,9	-0,2	-3,7	-0,2	
1999	2 092,8	+1,6	1 997,9	+1,8	2,4	0,1	2,3	0,1	
2000	2 126,5	+1,6	2 016,4	+0,9	32,8	1,5	31,1	1,5	
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5	
2002	2 191,2	+1,5	2 131,2	+2,9	1,0	0,0	1,0	0,0	
2003	2 220,0	+1,3	2 183,0	+2,4	-36,1	-1,6	-35,5	-1,6	
2004	2 248,4	+1,3	2 234,6	+2,4	-39,2	-1,7	-38,9	-1,7	
2005	2 276,4	+1,2	2 276,4	+1,9	-52,0	-2,3	-52,0	-2,3	
2006	2 306,0	+1,3	2 313,2	+1,6	0,7	0,0	0,7	0,0	
2007	2 335,9	+1,3	2 381,4	+2,9	46,2	2,0	47,1	2,0	
2008	2 364,0	+1,2	2 428,7	+2,0	43,9	1,9	45,1	1,9	
2009	2 385,5	+0,9	2 479,7	+2,1	-101,5	-4,3	-105,5	-4,3	
2010	2 409,6	+1,0	2 530,6	+2,1	-33,9	-1,4	-35,6	-1,4	
2011	2 439,4	+1,2	2 593,5	+2,5	15,4	0,6	16,4	0,6	
2012	2 473,6	+1,4	2 668,4	+2,9	-1,8	-0,1	-2,0	-0,1	
2013	2 510,8	+1,5	2 768,9	+3,8	-28,4	-1,1	-31,3	-1,1	
2014	2 548,8	+1,5	2 857,7	+3,2	-20,7	-0,8	-23,2	-0,8	
2015	2 586,7	+1,5	2 949,0	+3,2	-7,0	-0,3	-8,0	-0,3	
2016	2 621,5	+1,3	3 039,0	+3,0	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2	
2017	2 654,8	+1,3	3 129,2	+3,0	-2,5	-0,1	-2,9	-0,1	
2018	2 689,3	+1,3	3 223,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

 $Ge samt wirts chaft liches Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,7	1,7	0,1	0,9
1990	+2,9	1,8	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,8	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,5	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,6	0,6	0,4
2014	+1,5	0,6	0,5	0,4
2015	+1,5	0,7	0,4	0,4
2016	+1,3	0,7	0,2	0,4
2017	+1,3	0,7	0,1	0,4
2018	+1,3	0,8	0,1	0,5

 $^{^{1}} Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomir	nal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 3 7 5, 7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,4	+0,4	2 737,6	+2,7
2014	2 528,0	+1,8	2 834,5	+3,5
2015	2 579,7	+2,0	2 941,1	+3,8
2016	2 615,7	+1,4	3 032,3	+3,1
2017	2 652,3	+1,4	3 126,3	+3,1
2018	2 689,3	+1,4	3 223,2	+3,1

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahı	
960	54 632			59,9	32 275		
961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4	
962	54803	+0,2		60,4	32 839	+0,3	
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2	
1964	55 219	+0,3		60,2	32 945	+0,1	
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6	
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3	
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3	
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1	
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6	
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4	
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5	
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6	
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2	
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9	
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5	
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4	
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2	
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0	
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9	
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7	
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1	
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8	
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9	
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9	
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34188	+1,4	
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34845	+1,9	
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4	
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4	
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9	
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2	
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8	
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4	
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3	
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1	
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4	
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1	
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37716	-0,1	
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1	
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7		
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3		
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6		
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9		
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3		
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1		
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6		
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7		
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2		
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1		
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5		
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4		
2012	63 163	-0,1	69,5	69,5	41 608	+1,1		
2013	63 162	-0,0	69,8	69,8	41 841	+0,6		
2014	63 084	-0,1	70,1	70,2	42 081	+0,6		
2015	62 908	-0,3	70,5	70,6	42 201	+0,3		
2016	62 669	-0,4	70,7	70,8	42 281	+0,2		
2017	62 449	-0,4	71,0	71,0	42 362	+0,2		
2018	62 225	-0,4	71,3	71,2	42 442	+0,2		
2019	61 998	-0,4	71,5	71,5				
2020	61 872	-0,2	71,7	71,7				
2021	61 785	-0,1	72,0	72,0				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,2
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,3
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,4
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,0
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,9
1976	1 805	-1,0	1 811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,3
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,3
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,3
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,3
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,
995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,!
1996	1516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,7

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	ı. prognostiziert				NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	NAWKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 400	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,9
2011	1 397	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,4
2012	1394	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,9
2013	1 392	-0,1	1 388	-0,4	37 358	+0,8	5,1	5,5
2014	1 392	-0,0	1 388	-0,0	37 613	+0,7	4,9	5,0
2015	1 392	+0,0	1 394	+0,5	37 683	+0,2	4,9	4,5
2016	1394	+0,1	1 395	+0,1	37 743	+0,2	4,7	4,3
2017	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 803	+0,2	4,5	4,3
2018	1 397	+0,1	1 398	+0,1	37 864	+0,2	4,2	4,3
2019	1 398	+0,1	1 399	+0,1				
2020	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2021	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

 $^{^2\,\}mbox{NAWRU}$ - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote	
	preisbe	reinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%	
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4	
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2	
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3	
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5	
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5	
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6	
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7	
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7	
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7	
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8	
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9	
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6	
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4	
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3	
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5	
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4	
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5	
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5	
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6	
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7	
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7	
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7	
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7	
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9	
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0	
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1	
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2	
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2	
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2	
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0	
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4	
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5	
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4	
2013	12 530,7	+1,1	428,4	-0,7	2,4	
2014	12 658,9	+1,0	445,9	+4,1	2,5	
2015	12 792,8	+1,1	467,0	+4,7	2,6	
2016	12 942,7	+1,2	479,9	+2,8	2,6	
2016 2017	13 106,0	+1,3	493,2	+2,8	2,5	
2017	13 278,6	+1,3	506,9	+2,8	2,5	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3949
1985	-7,3814	-7,3817
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3527
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2678
1993	-7,2510	-7,2536
1994	-7,2351	-7,2409
1995	-7,2238	-7,2298
1996	-7,2171	-7,2198
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2012
1999	-7,1966	-7,1919
2000	-7,1770	-7,1821
2001	-7,1639	-7,1724
2002	-7,1615	-7,1633
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1253
2008	-7,1081	-7,1195
2009	-7,1473	-7,1149
2010	-7,1258	-7,1099
2011	-7,1064	-7,1049
2012	-7,1051	-7,0997
2013	-7,1058	-7,0941
2014	-7,0947	-7,0879
2015	-7,0829	-7,0812
2016	-7,0750	-7,0742
2017	-7,0673	-7,0668
2018	-7,0599	-7,0591

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjah	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
 1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6	
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
 1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
 1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
 1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,0	1 232,2	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,3	+2,2	112,0	+1,6	1 414,2	+2,8
2014	112,1	+1,7	113,4	+1,3	1 462,7	+3,4
2015	114,0	+1,7	115,4	+1,8	1 516,1	+3,7
2016	115,9	+1,7	117,6	+1,8	1 560,9	+3,0
2017	117,9	+1,7	119,7	+1,8	1 607,3	+3,0
2018	119,9	+1,7	121,9	+1,8	1 654,8	+3,0

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)		
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbs- quote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴	
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%	
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2	
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5	
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5	
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5	
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9	
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3	
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0	
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1	
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3	
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5	
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1	
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4	
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8	
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4	
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3	
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1	
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4	
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6	
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2	
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4	
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1	
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6	
2013	41,8	+0,6	53,7	2,3	5,2	+0,4	-0,1	+0,3	17,2	
2008/03	39,4	+0,7	52,5	3,9	9,1	+1,7	1,4	+1,6	17,9	
2013/08	41,0	+0,7	53,3	2,7	6,3	+0,6	-0,1	+0,4	17,7	

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2013	+2,7	+2,2	+1,4	+1,7	+1,6	+1,5	+1,9
2008/03	+2,9	+0,9	-0,8	+1,2	+1,4	+1,9	-0,5
2013/08	+2,0	+1,4	+0,1	+1,4	+1,5	+1,4	+2,0

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mı	in Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2013	+0,4	-0,3	167,8	204,7	50,7	44,5	6,1	7,5
2008/03	+9,2	+8,7	127,8	123,1	42,7	37,2	5,5	5,3
2013/08	+3,1	+3,3	145,7	167,3	48,6	42,9	5,7	6,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volksein- kommen	und Vermogens-		Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	а.	in	%	Veränderung	g in % p. a.
1991			•	70,8	70,8		
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2013	+3,6	+5,1	+2,8	66,6	67,7	+2,2	+0,3
2008/03	+3,3	+7,2	+1,5	66,2	67,7	+1,1	-0,5
2013/08	+2,4	+1,5	+2,9	66,4	67,8	+2,1	+0,8

 $^{^1} Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volkse in kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,\}mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche \	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,3	+1,8	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,8	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-1,1	+2,2	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,4	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-1,3	+5,3	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+3,1	+1,9	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	+1,6	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,4	+1,1	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-2,3	-0,2	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,3	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	+1,7	+1,1	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+2,0	+1,6	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,5	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+2,5	+1,8	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Lond			jährlic	he Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6
Kroatien	-	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5
Japan	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6
USA	-0,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9

 $Quelle: \ EU-Kommission, Fr\"uhjahrsprognose, Mai\ 2014.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

lond				ir	n % der zivile	en Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,4	8,5	8,2
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,7	12,3	10,0	8,6	8,1	7,5
Finnland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,4	7,8	7,7	8,2	8,5	8,4
Frankreich	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	9,3	9,2	9,8	10,3	10,4	10,2
Griechenland	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	12,6	17,7	24,3	27,3	26,0	24,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,1	11,4	10,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,8	12,5
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,5	16,2	15,0	11,9	10,7	9,6
Luxemburg	-	-	2,6	4,8	5,3	4,6	4,8	5,1	5,8	5,7	5,5
Malta	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	6,9	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5
Niederlande	-	4,9	5,0	6,7	7,3	4,5	4,4	5,3	6,7	7,4	7,3
Österreich	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Portugal	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	12,0	12,9	15,9	16,5	15,4	14,8
Slowakei	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	14,5	13,7	14,0	14,2	13,6	12,9
Slowenien	-	-	13,3	18,9	16,4	7,3	8,2	8,9	10,1	10,1	9,8
Spanien	-	-	6,9	6,7	6,5	19,9	21,4	25,0	26,4	25,5	24,0
Zypern	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,3	7,9	11,9	15,9	19,2	18,4
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	10,1	10,1	11,3	12,0	11,8	11,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	13,0	12,8	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,0	7,0	6,7	6,6
Kroatien	-	-	-	-	-	11,8	13,5	7,5	7,0	6,8	6,6
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	17,8	15,4	15,9	17,2	18,0	18,0
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	9,7	9,7	13,4	11,8	10,6	9,7
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	10,9	10,2	9,0	8,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	10,1	10,3	9,9	9,5
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,3	7,2	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	8,0	8,0	7,6	7,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,5	6,6	6,3
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,5	10,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,8	3,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,4	6,4	5,9

Quellen: Für die Jahre 2000 und 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			В	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	S
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 1	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,1	+2,3	+3,1	+6,5	+6,4	+6,6	+6,1	2,6	0,7	1,9	1,!
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+1,3	+2,3	+5,1	+6,8	+5,8	+5,3	3,6	1,6	2,1	1,0
Ukraine	+0,2	+0,1	-	-	+0,6	-0,3	-	-	-8,1	-9,2	-	
Asien	+6,7	+6,5	+6,7	+6,8	+4,6	+4,5	+4,5	+4,3	0,8	1,1	1,2	1,4
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,5	+7,3	+2,7	+2,6	+3,0	+3,0	2,3	2,1	2,2	2,
Indien	+4,7	+4,4	+5,4	+6,4	+10,2	+9,5	+8,0	+7,5	-4,7	-2,0	-2,4	-2,
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,4	+5,8	+4,0	+6,4	+6,3	+5,5	-2,8	-3,3	-3,0	-2,
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,2	+5,0	+1,7	+2,1	+3,3	+3,9	6,1	3,8	4,1	4,0
Thailand	+6,5	+2,9	+2,5	+3,8	+3,0	+2,2	+2,3	+2,1	-0,4	-0,7	0,2	0,
Lateinamerika	+3,1	+2,7	+2,5	+3,0	+5,9	+6,8	-	-	-1,9	-2,7	-2,7	-2,
darunter												
Argentinien	+1,9	+4,3	+0,5	+1,0	+10,0	+10,6	-	-	-0,1	-0,9	-0,5	-0,!
Brasilien	+1,0	+2,3	+1,8	+2,7	+5,4	+6,2	+5,9	+5,5	-2,4	-3,6	-3,6	-3,
Chile	+5,5	+4,2	+3,6	+4,1	+3,0	+1,8	+3,5	+2,9	-3,4	-3,4	-3,3	-2,8
Mexiko	+3,9	+1,1	+3,0	+3,5	+4,1	+3,8	+4,0	+3,5	-1,2	-1,8	-1,9	-2,0
Sonstige												
Türkei	+2,2	+4,3	+2,3	+3,1	+8,9	+7,5	+7,8	+6,5	-6,2	-7,9	-6,3	-6,
Südafrika	+2,5	+1,9	+2,3	+2,7	+5,7	+5,8	+6,0	+5,6	-5,2	-5,8	-5,4	-5,

¹Prognosen des IWF.

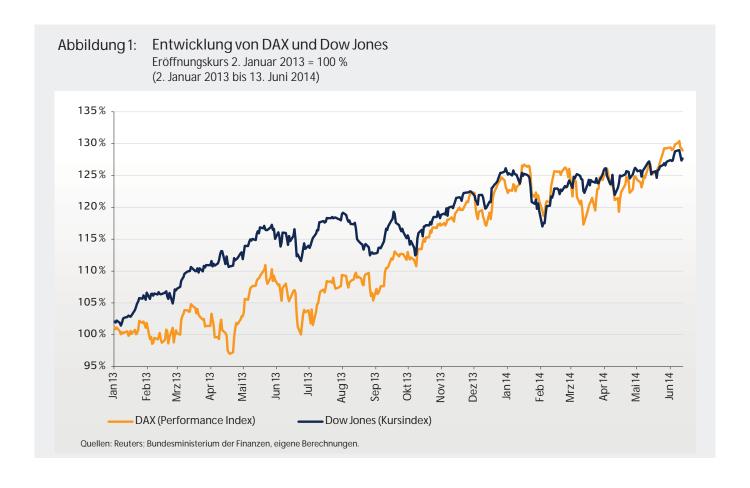
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2014.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9:	Übersicht Weltfinar	
	I IDARCIANT WAITTINAN	17m
140000		17111ALK 1 🖰

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juni 2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
Dow Jones	16776	16 577	+1,2	13 329	16 946
Euro Stoxx 50	3 283	3 109	+5,6	2 512	3 3 1 4
Dax	9 9 1 3	9 552	+3,8	7 460	10 029
CAC 40	4 543	4 2 9 6	+5,8	3 596	4 5 9 5
Nikkei	15 098	16 291	-7,3	10 487	16291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13. Juni 2014	2013	US-Bond	2013/2014	2013/2014
USA	2,62	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,36	1,95	-1,3	1,18	2,01
Japan	0,60	0,74	-2,0	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,76	3,07	+0,1	1,64	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13. Juni 2014	2013	zu Ende 2013	2013/2014	2013/2014
US-Dollar/Euro	1,35	1,38	-1,9	1,28	1,40
Yen/US-Dollar	102,05	105,30	-3,1	87,03	105,30
Yen/Euro	138,08	144,72	-4,6	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,80	0,83	-4,3	0,80	0,88

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4	5,5	5,3	5,1	5,1
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,8	5,5	5,3	5,0	4,9
IWF	+0,9	+0,5	+1,7	+1,6	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,2
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9	8,1	7,4	6,4	5,9
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,5	+1,7	8,1	7,4	6,5	6,0
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,5	+1,4	+1,6	8,1	7,4	6,4	6,2
Japan												
EU-KOM	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6	4,3	4,0	3,8	3,8
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,4	+2,6	+2,0	4,3	4,0	3,8	3,7
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,0	-0,0	+0,4	+2,8	+1,7	4,3	4,0	3,9	3,9
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1	9,8	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+1,1	9,4	9,9	9,9	9,8
IWF	+0,0	+0,3	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,2	10,2	10,8	11,0	10,7
Italien												
EU-KOM	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2	10,7	12,2	12,8	12,5
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,3	+0,5	+0,9	10,7	12,2	12,8	12,5
IWF	-2,4	-1,9	+0,6	+1,1	+3,3	+1,3	+0,7	+1,0	10,7	12,2	12,4	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0	7,9	7,5	6,6	6,3
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,0	+2,1	7,9	7,6	6,9	6,5
IWF	+0,3	+1,8	+2,9	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+1,9	8,0	7,6	6,9	6,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+1,8	7,3	7,1	6,9	6,6
IWF	+1,7	+2,0	+2,3	+2,4	+1,5	+1,0	+1,5	+1,9	7,3	7,1	7,0	6,9
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2	11,3	12,0	11,8	11,4
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,3	+0,7	+1,1	11,2	11,9	11,7	11,4
IWF	-0,7	-0,5	+1,2	+1,5	+2,5	+1,3	+0,9	+1,2	11,4	12,1	11,9	11,6
EZB	-0,6	-0,4	+1,2	+1,5	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	11,9	11,6
EU-28												
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5	10,4	10,8	10,5	10,1
IWF	-0,3	+0,2	+1,6	+1,8	+2,6	+1,5	+1,1	+1,4	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

EZB: Eurosystem/EZB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3	7,6	8,4	8,5	8,2
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,2	+0,8	+1,0	7,6	8,4	8,4	8,2
IWF	-0,1	+0,2	+1,2	+1,2	+2,6	+1,2	+1,0	+1,1	7,7	8,4	9,1	8,9
Estland												
EU-KOM	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0	10,0	8,6	8,1	7,5
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,2	+0,7	+1,7	10,1	8,6	8,9	8,5
IWF	+3,9	+0,8	+2,4	+3,2	+4,2	+3,5	+3,2	+2,8	10,0	8,6	8,5	8,4
Finnland												
EU-KOM	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,5	8,4
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,4	8,4
IWF	-1,0	-1,4	+0,4	+1,1	+3,2	+2,2	+1,7	+1,5	7,7	8,1	8,1	7,9
Griechenland												
EU-KOM	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3	24,3	27,3	26,0	24,0
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,9	-1,1	-1,0	24,2	27,3	27,1	26,7
IWF	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,5	-0,9	-0,4	+0,3	24,2	27,3	26,3	24,4
Irland												
EU-KOM	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,1	11,4	10,2
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,7	14,7	13,0	11,4	10,4
IWF	+0,2	-0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,0	11,2	10,5
Lettland												
EU-KOM	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5	15,0	11,9	10,7	9,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,2	+4,1	+3,8	+4,4	+2,3	+0,0	+1,5	+2,5	15,0	11,9	10,7	10,1
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4	5,1	5,8	5,7	5,5
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,0	+2,2	6,1	6,9	7,1	7,1
IWF	-0,2	+2,0	+2,1	+1,9	+2,9	+1,7	+1,6	+1,8	6,1	6,8	7,1	6,9
Malta												
EU-KOM	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9	6,4	6,5	6,5	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+2,4	+1,8	+1,8	+3,2	+1,0	+1,2	+2,6	6,4	6,5	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9	5,3	6,7	7,4	7,3
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,6	+0,5	+0,8	5,2	6,6	7,6	7,6
IWF	-1,2	-0,8	+0,8	+1,6	+2,8	+2,6	+0,8	+1,0	5,3	6,9	7,3	7,1
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7	4,3	4,9	4,8	4,7
OECD	+0,6	+0,4	+1,7	+2,2	+2,6	+2,1	+1,4	+1,6	4,4	5,0	5,0	4,6
IWF	+0,9	+0,4	+1,7	+1,7	+2,6	+2,1	+1,8	+1,7	4,4	4,9	5,0	4,9

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Portugal													
EU-KOM	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1	15,9	16,5	15,4	14,8	
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,4	-0,3	+0,4	15,6	16,3	15,1	14,8	
IWF	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,7	+1,2	15,7	16,3	15,7	15,1	
Slowakei													
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6	14,0	14,2	13,6	12,9	
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,5	+0,4	+1,0	13,9	14,2	13,9	13,2	
IWF	+1,8	+0,9	+2,3	+3,0	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,6	
Slowenien													
EU-KOM	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2	8,9	10,1	10,1	9,8	
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+1,9	+0,7	+0,9	8,8	10,1	10,2	10,2	
IWF	-2,5	-1,1	+0,3	+0,9	+2,6	+1,6	+1,2	+1,6	8,9	10,1	10,4	10,0	
Spanien													
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,0	
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,5	+0,1	+0,5	25,0	26,4	25,4	24,4	
IWF	-1,6	-1,2	+0,9	+1,0	+2,4	+1,5	+0,3	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,9	
Zypern													
EU-KOM	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	15,9	19,2	18,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

			(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien			-						-			
EU-KOM	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2	12,3	13,0	12,8	12,5
OECD	-				, -	-	-			-	-	
IWF	+0,6	+0,9	+1,6	+2,5	+2,4	+0,4	-0,4	+0,9	12,4	13,0	12,5	11,9
Dänemark	, .	. 5,5	,-	,-	. =, .			,.	,.	, .	12,0	,-
EU-KOM	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6	7,5	7,0	6,8	6,6
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,8	+0,7	+1,3	7,5	7,0	6,8	6,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	+1,7	+2,4	+0,8	+1,5	+1,8	7,5	7,0	6,8	6,7
Kroatien												
EU-KOM	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2	15,9	17,2	18,0	18,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,0	-0,6	+0,4	+3,4	+2,2	+0,5	+1,1	16,1	16,5	16,8	17,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,6	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,7	+3,3	+3,3	+3,5	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,8	10,5
Polen												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,9	9,5
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,0	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,8	9,5
IWF	+1,9	+1,6	+3,1	+3,3	+3,7	+0,9	+1,5	+2,4	10,1	10,3	10,2	10,0
Rumänien												
EU-KOM	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3	7,0	7,3	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+3,5	+2,2	+2,5	+3,3	+4,0	+2,2	+3,1	7,0	7,3	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5	8,0	8,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	-0,0	+0,1	+1,4	8,0	8,0	7,9	7,4
IWF	+0,9	+1,5	+2,8	+2,6	+0,9	-0,0	+0,4	+1,6	8,0	8,0	8,0	7,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8	7,0	7,0	6,7	6,6
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+0,1	+2,0	7,0	6,9	6,9	6,8
IWF	-1,0	-0,9	+1,9	+2,0	+3,3	+1,4	+1,0	+1,9	7,0	7,0	6,7	6,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8	10,9	10,2	9,0	8,9
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,5	+2,8	11,0	10,2	8,7	8,9
IWF	-1,7	+1,1	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,9	+3,0	10,9	10,2	9,4	9,2

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,4	76,0	73,6	7,0	7,4	7,3	7,0
OECD	0,1	0,0	-0,2	0,2	81,0	78,3	76,3	72,3	7,5	7,6	7,9	7,4
IWF	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,1	74,6	70,8	7,4	7,5	7,3	7,1
USA												
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	0,0	104,5	105,9	105,4	-2,7	-2,3	-2,2	-2,4
OECD	-9,3	-6,4	-5,8	-4,6	102,1	104,3	106,2	106,5	-2,7	-2,3	-2,5	-2,9
IWF	-9,7	-7,3	-6,4	-5,6	102,4	104,5	105,7	105,7	-2,7	-2,3	-2,2	-2,6
Japan												
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	237,3	244,0	243,7	244,1	1,0	0,7	0,7	1,2
OECD	-8,7	-9,3	-8,4	-6,7	216,5	224,6	229,6	232,5	1,1	0,7	0,2	0,7
IWF	-8,7	-8,4	-7,2	-6,4	237,3	243,2	243,5	245,1	1,0	0,7	1,2	1,3
Frankreich												
EU-KOM	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4	90,6	93,5	95,6	96,6	-2,1	-1,9	-1,8	-2,0
OECD	-4,9	-4,3	-3,8	-3,1	90,6	93,4	95,9	96,9	-2,2	-1,6	-1,6	-1,4
IWF	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,2	93,9	95,8	96,1	-2,2	-1,6	-1,7	-1,0
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,6	135,2	133,9	-0,4	0,9	1,5	1,5
OECD	-2,9	-2,8	-2,7	-2,1	127,0	132,6	134,3	134,5	-0,5	0,6	1,2	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-1,8	127,0	132,5	134,5	133,1	-0,4	0,8	1,1	1,1
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	89,1	90,6	91,8	92,7	-3,8	-4,4	-3,8	-3,3
OECD	-6,3	-5,9	-5,3	-4,1	89,1	90,6	91,5	93,1	-3,8	-4,4	-3,7	-3,1
IWF	-8,0	-5,8	-5,3	-4,1	88,6	90,1	91,5	92,7	-3,7	-3,3	-2,7	-2,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,4	-3,0	-2,1	-1,2	96,1	93,6	94,2	93,6	-3,4	-3,2	-3,2	-2,9
IWF	-3,4	-3,0	-2,5	-2,0	88,1	89,1	87,4	86,6	-3,4	-3,2	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	92,7	95,0	96,0	95,4	1,8	2,6	2,9	2,9
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-1,8	92,9	95,1	96,0	95,2	2,1	2,8	3,1	3,2
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	92,8	95,2	95,6	94,5	2,0	2,9	2,9	3,1
EU-28												
EU-KOM	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5	86,8	88,9	89,5	89,2	0,9	1,6	1,8	1,8
IWF	-4,2	-3,3	-2,9	-2,3	86,6	88,7	89,0	88,4	1,0	1,9	1,9	2,1

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Stand: April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8	101,1	101,5	101,7	101,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,3
OECD	-4,1	-2,7	-2,1	-1,2	101,1	101,6	101,7	100,3	-1,9	-1,7	-0,8	-0,2
IWF	-4,1	-2,8	-2,4	-2,1	99,8	99,8	99,8	99,6	-2,0	-1,7	-1,3	-1,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	9,8	10,0	9,8	9,6	-2,8	-1,8	-2,7	-2,8
OECD	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	9,8	10,0	9,9	9,7	-1,8	-0,5	-2,8	-3,2
IWF	-0,2	-0,4	-0,4	0,2	9,8	11,3	10,9	10,3	-1,8	-1,0	-1,3	-1,5
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3	53,6	57,0	59,9	61,2	-1,4	-0,8	-0,4	-0,2
OECD	-2,2	-2,5	-2,2	-0,9	53,7	57,0	59,9	60,7	-1,7	-0,8	-1,1	-0,5
IWF	-2,2	-2,6	-2,6	-1,9	53,6	57,0	60,2	62,1	-1,7	-0,8	-0,3	0,2
Griechenland												
EU-KOM	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0	157,2	175,1	177,2	172,4	-4,6	-2,4	-2,3	-2,2
OECD	-8,9	-12,7	-2,5	-1,4	157,2	175,1	177,7	177,2	-2,4	0,7	0,2	0,8
IWF	-6,3	-2,6	-2,7	-1,9	157,2	173,8	174,7	171,3	-2,4	0,7	0,9	0,3
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2	117,4	123,7	121,0	120,4	4,4	6,6	7,4	8,9
OECD	-8,1	-7,0	-4,7	-3,1	117,4	123,7	121,9	121,1	4,4	6,6	6,6	7,6
IWF	-8,2	-7,4	-5,1	-3,0	117,4	122,8	123,7	122,7	4,4	6,6	6,4	6,5
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	40,8	38,1	39,5	33,4	-2,5	-0,8	-1,3	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,3	-1,1	1,3	36,4	32,1	32,7	29,3	-2,5	-0,8	-1,6	-1,9
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	0,1	-0,2	-1,4	21,7	23,1	23,4	25,5	5,8	5,2	6,4	5,0
OECD	0,0	0,1	0,3	-0,9	21,7	23,1	24,4	26,3	5,8	5,2	7,0	6,5
IWF	-0,6	0,0	0,1	-2,4	21,7	22,9	24,1	27,0	6,6	6,7	6,7	5,5
Malta												
EU-KOM	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	70,8	73,0	72,5	71,1	1,1	0,6	0,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,9	-3,1	-3,3	70,8	71,7	72,5	72,6	2,1	0,9	1,4	1,4
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8	71,3	73,5	73,8	73,4	7,7	7,8	8,2	8,6
OECD	-4,0	-2,4	-2,7	-2,0	71,2	73,4	74,7	74,9	9,5	10,4	8,9	9,8
IWF	-4,0	-3,1	-3,0	-2,0	71,3	74,9	75,0	74,4	9,4	10,4	10,1	10,1
Österreich												
EU-KOM	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	74,4	74,5	80,3	79,2	1,8	2,7	3,4	3,8
OECD	-2,6	-1,5	-2,8	-1,3	74,5	74,6	81,2	80,7	2,4	2,7	2,9	3,0
IWF	-2,5	-1,8	-3,0	-1,5	74,1	74,2	79,1	78,2	1,8	3,0	3,5	3,5

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	129,0	126,7	124,8	-2,2	0,4	1,0	1,4
OECD	-6,5	-5,0	-4,0	-2,4	124,1	129,0	130,8	131,8	-2,0	0,5	0,8	1,1
IWF	-6,5	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	128,8	126,7	124,8	-2,0	0,5	0,8	1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	52,7	55,4	56,3	57,8	1,6	2,5	2,4	2,4
OECD	-4,5	-2,8	-2,7	-2,6	52,7	55,4	55,2	56,2	2,2	2,1	1,6	2,2
IWF	-4,5	-3,0	-3,8	-3,8	52,4	54,9	58,6	59,8	2,2	2,4	2,7	2,9
Slowenien												
EU-KOM	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	54,0	71,7	80,4	81,3	3,1	5,3	6,0	6,2
OECD	-4,0	-14,7	-4,1	-2,6	54,4	71,7	77,2	80,9	3,3	6,5	6,3	7,4
IWF	-3,2	-14,2	-5,5	-4,1	54,3	73,0	74,9	77,9	3,3	6,5	6,1	5,8
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	86,0	93,9	100,2	103,8	-1,2	0,8	1,4	1,5
OECD	-10,6	-7,1	-5,5	-4,5	86,0	93,9	98,3	101,4	-1,1	0,7	1,6	2,0
IWF	-10,6	-7,2	-5,9	-4,9	85,9	93,9	98,8	102,0	-1,1	0,7	0,8	1,4
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	86,6	111,7	122,2	126,4	-7,0	-1,4	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,7	-5,2	-5,2	85,5	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,5	0,1	0,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo	Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	18,4	18,9	23,1	22,7	-0,9	1,9	1,0	0,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,5	-1,9	-1,9	-1,7	17,5	17,6	21,7	21,1	-0,9	2,1	-0,4	-2,1	
Dänemark													
EU-KOM	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7	45,4	44,5	43,5	44,9	6,0	7,3	6,9	6,8	
OECD	-3,9	-0,9	-1,5	-3,0	45,4	44,5	45,8	48,6	6,0	7,3	7,2	7,3	
IWF	-3,9	-0,4	-1,4	-2,7	45,6	45,2	45,6	46,9	6,0	6,6	6,3	6,3	
Kroatien													
EU-KOM	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1	55,9	67,1	69,0	69,2	-0,4	0,5	1,5	1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,9	-5,5	-4,6	-3,4	54,0	59,8	64,8	67,4	0,0	1,2	1,5	1,1	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6	40,5	39,4	41,8	41,4	-1,1	1,3	-0,8	-1,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-2,1	-1,9	-1,8	41,0	39,3	39,5	39,1	-0,2	0,8	-0,2	-0,6	
Polen													
EU-KOM	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	55,6	57,0	49,2	50,0	-3,4	-1,6	-1,7	-2,3	
OECD	-3,9	-4,3	5,6	-2,9	55,6	57,1	50,2	51,7	-3,7	-1,3	-1,0	-1,1	
IWF	-3,9	-4,5	-3,5	-3,0	55,6	57,5	49,5	50,1	-3,5	-1,8	-2,5	-3,0	
Rumänien													
EU-KOM	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	38,0	38,4	39,9	40,1	-4,4	-1,1	-1,2	-1,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,4	38,2	39,3	39,7	39,0	-4,4	-1,1	-1,7	-2,2	
Schweden													
EU-KOM	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8	38,3	40,6	41,6	40,4	6,5	6,6	6,1	6,0	
OECD	-0,7	-1,3	-1,5	-0,8	38,3	40,5	42,0	41,7	6,0	6,2	6,0	6,2	
IWF	-0,7	-1,0	-1,3	-0,5	38,3	41,4	41,5	40,0	6,1	5,9	6,1	6,2	
Tschechien													
EU-KOM	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	46,2	46,0	44,4	45,8	-2,6	-1,2	-0,4	-0,2	
OECD	-4,2	-1,5	-2,1	-2,6	46,1	46,0	47,8	49,8	-1,3	-1,5	-0,6	-0,3	
IWF	-4,4	-2,9	-2,8	-2,5	45,7	47,9	49,2	49,9	-2,4	-1,0	-0,5	-0,5	
Ungarn													
EU-KOM	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8	79,8	79,2	80,3	79,5	1,1	3,1	3,0	2,7	
OECD	-2,2	-2,3	-2,9	-2,9	79,7	78,8	79,7	79,5	0,8	3,0	3,6	3,9	
IWF	-2,0	-2,4	-2,9	-2,9	79,8	79,2	79,1	79,2	1,0	3,1	2,7	2,2	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Juni 2014

Gestaltung, Lektorat und Satz

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.